

Preis 40 Pf., monatlich 1,20 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag 28. November 1929 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparteilichkeit ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3 ...

Ohne Arbeit im Winter!

1 260 000 unterstufte Arbeitslose. — Der gedroffelte Wohnungsbau.

In der ersten Hälfte des November ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ...

moche kamen in der Versicherung noch rund 70 000 dazu. Gegenwärtig liegt die absolute Arbeitslosenzahl ...

Der Kotau vor Stalin.

Zur Kapitulation der Rechtsopposition.

Von Peter Garwy.

Die Führer der Rechtsopposition in der russischen Kommunistischen Partei, Bucharin, Rykow und Tomski ...

Schober droht mit Rücktritt.

Ultimatum an die Mehrheit.

Wien, 27. November. (Eigenbericht.) In einer Besprechung mit den Regierungsparteien ...

Innenminister Baugoin erwiderte, er könne leider nicht bestreiten, daß zur Zeit anormale Zustände herrschten. Der Idealzustand wäre, daß nur der Staat Waffen besitze. Er hoffe, daß die politischen Parteien diesen Idealzustand schaffen helfen.

Reichstagsbeginn.

Ausnahme der Winterarbeit.

Der Reichstag hat gestern seine Winterarbeit begonnen und eine Reihe kleinerer Vorlagen erledigt. Bei der Beratung eines kommunistischen Agitationsantrages ...

Kartell schließen und mit gemeinsamer Front kämpfen, nämlich wie dies die Rechtsparteien bei der Reichspräsidentenwahl getan hätten. Die ihnen zuzulegenden Gelder könnten gemeinsam verwaltet werden ...

Absturz eines Großflugzeuges.

Die Zahl der Opfer noch unbekannt.

New York, 27. November. Das neue viermotorige Fokker-Flugzeug, das größte jemals in den Vereinigten Staaten gebaute Flugzeug, stürzte bei einem Probeflug über Mineola ab ...

Kardorff für Bürgerblock.

Hauptfacha: Aktiengesellschaft für Industriewahlgelder.

Herr v. Kardorff setzt sein Werben für die Bildung einer bürgerlichen Einheitsfront fort. Er will der Sozialdemokratie einen festen bürgerlichen Block entgegenstellen. Am Mittwoch führte er in der volksparteilichen Vereinigung für Handel und Industrie aus: „So wie die Dinge liegen, sei die Bildung einer Arbeitergemeinschaft unter den stets bereiten und arbeitswilligen bürgerlichen Parteien des Erfordernis des Tages und der Stunde. Diese Parteien könnten dann bei der Wahl ein

Aber die Führer der Rechtsopposition haben gar nicht erst abgewartet, daß sie „organisatorisch“ erledigt würden. Rykow, das verwarnte Regierungshaupt, gedachte seiner bekannten Kehrerung bei der Erledigung der Linksoption mit Leo Trotski an der Spitze: „Der Ausschluß aus der Partei bedeutet in Sowjetrußland den politischen Tod.“ Die Rechtsopposition will nicht sterben. Sie hält sich vielmehr an die bekannte Feiglingsweisheit: „Lieber ein lebendiger Hund, als ein toter Löwe!“ Trotski's Spuren schreden. Die Rechtsopposition kapitulierte.

Sie kapituliert fast ohne Kampf. Sie zeigte sich noch unfähiger zum Kampf als die Linksoption. Die Trotskisten stellten jedenfalls ihr Programm auf. Sie organisierten sich als eine Fraktion. Sie appellierten an die Arbeitermassen. Sie schredten nicht davor zurück, auf die Straße zu gehen. Auch sie endeten mit innerer Verletzung, mit gegenseitigem Verrat, mit schmachtvoller Kapitulation. Aber sie haben wenigstens den Versuch gemacht, zu lämpfen und zu siegen. Die Rechtsopposition endet, wie begonnen — ruhmlos. Sie hat sich von Anfang an bemüht, dem Kampf auszuweichen und die Kraftprobe zu vermeiden. Sie hat ihre Formlosigkeit zum Prinzip erhoben. Sie hat ihre Kräfte weder innerhalb noch außerhalb der Partei gesammelt. Ihre Taktik war: Durchhalten und abwarten. Sie spekulierte letzten Endes auf die verhängnisvollen Auswirkungen des Linksturses, auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, auf die unvermeidliche Einschwenkung der Partei unter dem Druck der Notwendigkeit. Sie war kampfscheu und volkscheu, kampfscheu weil volkscheu. Volkscheu war sie aber, weil sie gleich den Trotskisten und Stalinisten mit beiden Füßen auf dem Boden der Diktatur steht. Damit war ihre Niederlage im voraus besiegelt. Im Rahmen der Parteidiktatur, die sich inzwischen in eine persönliche Diktatur verwandelt hat, ist jeder Fraktionskampf um die Macht mit den Mitteln der „Parteidemokratie“ aussichtslos — es sei denn, daß er die Form einer geheimen Verschwörung oder Palastrevolution mit Hilfe der Roten Armee und der GPU, annimmt. Die Stalinische Mehrheit sucht ihren Kampf nach rechts damit zu verschieben, daß die Rechtsopposition eine kapitalistische Ausartung des Bolschewismus sei und die Interessen der bürgerlichen Elemente in Stadt und Land vertrete. Das ist eine Kriegslüge. So einfach steht die Sache nicht. Weder ist der Stalinismus die Verkörperung der proletarischen noch die Rechtsopposition die Vertreterin der kapitalistischen Interessen. Vielmehr stand hinter der buntgedeckelten Rechtsopposition, insofern sie den sinnlosen Linksturs und besonders die Bauernpolitik Stalins verwarf, fast die ganze „Nation“. Richtig ist nur, daß im Falle ihres problematischen Sieges die volkscheue Rechtsopposition, die an der Diktatur festhält, als Sprungbrett zum bonapartistischen Staatsstreich leicht hätte ausgenutzt werden können. Aber dies ist nur eine Tendenz. Einstweilen läuft das ungeführte Programm der Rechtsopposition nur auf die Rückkehr zur Rep hinaus, d. h. zu einem wirtschaftlichen Zwischending, das die bolschewistische Utopie mit den unentbehrlichsten Zugeständnissen an die Bauernschaft vereinigt. Verlangsamung der Industrialisierungstempos, Verzicht auf die forcierte Zwangskollektivierung und auf die außerordentlichen Maßnahmen auf dem Lande, Getreideeinfuhr zur Wüderung der Ernährungskrise — dies war das bestehende Programm der Rechtsopposition. Die Rechtsoppositionellen sind also in wirtschaftlichen Fragen zwar realistischer als die Stalinisten eingestellt, aber sie verbleiben trotzdem Bolschewisten, die im rückständigen Rußland das kontinuierliche Wirtschaftswunder, wenn auch in einem verlangsamt Tempo, zu verwirklichen glauben. Immerhin stand hinter der Rechtsopposition, die Gewerf-

Lebensfragen der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister.

Der neue Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Meißner hatte gestern die Gewerkschaftsvertreter aller drei Richtungen zu einer Besprechung ins Reichswirtschaftsministerium geladen. Vom ADGB waren anwesend die Genossen Gramann und Eggert, den Ufa-Bund vertrat Genosse Aufhäuser.

Der neue Reichswirtschaftsminister sagte in seiner Begrüßung, er hege den Wunsch, auch mit den Vertretern der Arbeiterchaft vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Zwar habe die deutsche Wirtschaft in den zehn Jahren nach dem Kriege innere Festigung erfahren und Fortschritte gemacht, aber ihre Räte seien noch nicht überwunden und die Erwerbslosigkeit werde im kommenden Winter wahrscheinlich sehr drückend.

Bon den Gewerkschaftsvertretern wurde lebhaft auf die schon jetzt steigende Erwerbslosigkeit hingewiesen, ferner auf die Notwendigkeit, den Bauplan auf hoher Tätigkeit zu halten, die Schwankungen der Konjunktur zu mildern durch rechtzeitige Behördenaufträge, den Zinsfuß der

Reichsbank weiter zu senken, auf die Kleinhandelspreise zu drücken, die oft im Mißverhältnis der Erzeugerpreise stehen, und das Bemühen der Verantwortung der Unternehmer dahin zu bringen, ihren Arbeiterstand zur Milderung der Erwerbslosigkeit auch in weniger guten Geschäftszeiten beizubehalten und nicht zu entlassen. Besonders betonten die Gewerkschaftsvertreter ihren Wunsch und ihr Verlangen, der Minister möge dahin wirken, daß der Reichswirtschaftsrat in Regierungen und Parlamenten eine seiner wichtigen Bedeutung entsprechende Würdigung erfahre und daß die Gewerkschaften bei internationalen Verhandlungen, bei Handelsvertragsverhandlungen wie überhaupt bei der praktischen Wirtschaftspolitik mehr als bisher eingeschaltet werden. Der Minister nahm im Verlauf der Besprechung mehrmals das Wort. Er versicherte zum Schluß, die Vertreter der Arbeiter würden bei ihm und in seinem Ministerium nicht nur stets offene Türen, sondern auch Interesse für ihre Anliegen finden.

Chemals deutsches Eigentum.

Die britischen Liberalen gegen die Enteignung.

London, 27. November. (Eigenbericht.)

Die Frage des konfiszierten Eigentums ehemals feindlicher Staatsangehöriger kam im Oberhaus wiederum zur Sprache.

Lord Sudmaster (Lib.), ein hervorragender Jurist und ehemaliges Mitglied der interalliierten Finanzkommission, fragte die Regierung, ob das konfiszierete feindliche Privateigentum jemals zu irgendeinem anderen Zweck, als zur Zahlung britischer Forderungen zu ehemals feindlicher Staatsangehöriger verwendet worden sei, ob sich das Besprechen der Freigabe noch nicht liquidierten Eigentums außer auf Realitäten-Befiz auch auf persönlichen Eigentum beziehe und ob die Regierung beabsichtige, den Uberschuß aus den Liquidationen der deutschen Regierung zu übermitteln. Sudmaster betonte, daß die

Beschlagnahme von Privateigentum in Kriegszeiten im Gegensatz zu allen Prinzipien des englischen Rechtes

stehe. Es falle ihm schwer, so den Härten, die diese Maßnahmen mit sich gebracht haben, mit der nötigen Mäßigung zu sprechen. Er habe versucht, die Frage von allen Seiten zu betrachten, aber das Ergebnis sei stets das Gefühl gewesen, daß die Angelegenheit für Großbritannien eine tiefe und nie wieder gutzumachende Schande

darstelle. Großbritannien habe ein paar überall verteilte Menschen, die sich nicht verteidigen konnten, aber habe betraubt und damit wie Bolschewisten gehandelt.

Für die Regierung antwortete Lord Parmoor, der Lord Sudmaster der Ueberlieferung beschuldigte. Er

bedauerte, daß die Frage in dieser Weise besprochen worden sei, da das nicht im Interesse der guten Beziehungen zu Deutschland liege.

In Beantwortung der ersten Frage sagte Parmoor, daß das liquidierte Eigentum nicht nur zur Entschädigung britischer Gläubiger verwendet worden sei. Was die Frage des Unterschiedes zwischen Realitäten-Befiz und persönlichem Eigentum betreffe, so sei kein Unterschied gemacht worden. Schließlich teilte er mit, daß die Regierung nicht beabsichtige, den Uberschuß der deutschen Regierung zu übergeben.

Lord Sanbury (Konf.) betonte, daß die Arbeiterregierung richtig gehandelt habe. Nachdem Lord Darling (Lib.) die Regierung aufgefordert hatte, in der Frage nicht nur gerecht, sondern auch großzügig vorzugehen, betonte Lord Sudmaster in seiner Schlußrede, er müsse den Persönlichkeiten, die ihm das Material für seine Fragen an die Regierung übermitteln hätten, die Antwort geben, daß die früher gegebenen Versprechungen eine Durchführung hergestellt hätten.

Wirtschaftler und Wirtschaftler, Bauernkommunisten und Sowjetbureaucraten vereinigte, keine bestimmte Klasse, sondern die allgemeine Unzufriedenheit in Stadt und Land. Die Rechtsopposition hat kapituliert, die Unzufriedenheit aber bleibt. Die dumpfe Gärung dort unten, die die rechtsoppositionellen Stimmungen in der Monopartei nährte, verbleibt, da der Ansturm ungepflügt und fortgesetzt wird, der zum Riß zwischen Industrie und Landwirtschaft, zum Bruch zwischen Stadt und Land, zur spontanen Auflehnung der verarmten Bauernschaft unvermeidlich führen muß. Die Auswanderung der deutschen Bauern aus Rußland ist ein symptomatisches Merkmal dafür. Die deutschen Kolonisten konnten auswandern. Die russischen Bauern haben diese Möglichkeit nicht. Was bleibt ihnen übrig?

Die bedingungslose Kapitulation der Rechtsopposition ist um so gesinnungsloser, als sie die heranziehende Katastrophe vorausgesagt hat. Die unaufrichtige Anerkennung der verhängnisvollen Generallinie durch die Rechtsopposition wird zweifellos die Verzweiflung der Bauernschaft nur auf die Spitze treiben und die Katastrophe eher beschleunigen als vereiteln.

Immerhin ist die brüchige „Einheit“ der herrschenden Partei wiederhergestellt. Aber es ist nur eine rein äußerliche Einheit. Der Richtungskampf kann nicht durch den Terror entschieden werden. Die tiefen sozialökonomischen Ursachen der Parteilinie, die gleichzeitig eine Diktaturkrise ist, verbleiben. Mit der Kapitulation beider Oppositionen von links und rechts wird der Klientenkampf um die Macht gleichfalls nicht aus der Welt geschafft, vielmehr in der Stille noch heftiger fortgesetzt. Zwar haben Stalins Widersacher die Waffe vor ihm gestreckt, um so mehr hoffen sie ihn. Sie werden sich einander finden, um eine stille Einheitsfront gegen den allmächtigen und gefährlichen Diktator zu bilden. Sie werden rachsüchtig auf ihre Stunde lauern, um den Alleinherrscher, der in ihren Augen die Revolution usurpiert hat, gemeinsam zu stürzen. Troski hat recht: der russische Terminus ist noch nicht da, aber alle seine Voraussetzungen sind gegeben.

Angriffe gegen Krow.

Moskau, 27. November. (Ost-Expreß.)

Krows Stellung ist auch nach der von ihm gemeinsam mit Tomski und Bucharin eingereichten Erklärung über ihre Bereitwilligkeit, vollständig mit der Rechtsopposition zu brechen, nicht gebessert und scheint immer schwächer zu werden. Daraus läßt sich besonders ein Artikel der „Pravda“, den Zentralorgan der kommunistischen Partei, schließen, der das „Reuebekenntnis“ der oppositionellen Führer erstens als verpöndel bezeichnet und weiterhin sogar Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Erklärung durchblicken läßt. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt vom Posten des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare in Umlauf gekommen sind und sich immer mehr verdichten.

Schwierigkeiten bei der Durchführung der „einheitlichen Befehlsgewalt“.

Moskau, 27. November. (Ost-Expreß.)

Aus einem Bericht des stellvertretenden Arbeitskommissars Tschupatow auf einer Konferenz von Sowjetwirtschaftlern und Gewerkschaftlern geht hervor, daß die Durchführung der einheitlichen Befehlsgewalt in den Sowjetfabriken großen Schwierigkeiten begegnet. In vielen Betrieben herrsche noch immer „überhaupt keine Befehlsgewalt“. Die Gewerkschaften mühten daher die Betriebsleiter bei der Durchführung der einheitlichen Befehlsgewalt nachdrücklich unterstützen. Jede Einmischung in die Leitung des Betriebes müsse als „desorganisatorische Tätigkeit“ bezeichnet werden. Viele Gewerkschaftsverbände hätten bisher der Durchführung der einheitlichen Befehlsgewalt nicht die genügende Beachtung geschenkt.

Die Fremdbauern fliehen aus Rußland.

Ufen, 27. November.

Als erste Fremdstämmige haben die schwedischen Bauern Rußland verlassen. Ihnen sind die ersten Staffeln der deutschen Kolonisten gefolgt; jetzt haben auch die griechischen Kolonisten — im ganzen etwa 50 000 — beschlossen, Sowjetrußland zu verlassen. Griechenland wird dadurch in eine sehr schwierige Lage gebracht, da es bereits an seinen kleinasiatischen Flüchtlingen mehr als genug zu tragen hat. Der neue Massenstrom kann nur nach Amerika abgeleitet werden.

Deutsche Lieder strafbar in Ost-Oberschlesien.

Die Strafkammer in Kattowitz hat einen jungen Mann, der in angetrunkenem Zustand auf der Straße das Deutschlandlied gesungen hat, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Sechs junge Leute haben im Rai d. A. kurz nach den Vorfällen in Oppeln in der Straßenbahn deutsche Lieder gesungen und den Wg. Jamnitsch beleidigt, der sich das Singen deutscher Lieder verboten hatte; der Anführer Bekowski aus Boguskiß erhielt 8 Monate Gefängnis, vier weitere Angeklagte je 6 Monate Gefängnis und ein Angeklagter 3 Monate. Alle mußten die Strofen sofort antreten!

Aus der Haft entlassen wurde der vor fünf Wochen verhaftete Angestellte des Bromberger deutschen Sejm-Bureaus Klaus von Rütchen gegen 3000 Mark Kaution. Er ist Danziger Staatsangehöriger. Die auch damals verhafteten Heideck und Welle sind noch weiter in Haft.

Protest in Polen.

Warschau, 27. November.

Die Versammlung, in der Vertreter sämtlicher Oppositionsparteien sprachen, protestierte gegen die so häufigen Beschlagnahmen von Zeitungen. Zu der Versammlung unter dem Vorsitz des früheren Ministerpräsidenten Tugutt hatte sich überaus zahlreiches Publikum eingefunden. Die Entschliebung stellt fest, daß die immer stärkere Bedrückung der Freiheit des Wortes im Widerspruch zu den Besetzen und den Interessen der Nation und des Staates stehe, der eine auf Freiheit und Recht gestützte Republik sei.

Die Staatsjustiz in Polästina verhängt nicht nur Todesurteile (sogar auch über einen Juden) und Freiheitsstrafen, sondern es werden ganzen Dörfern schwere Geldbußen auferlegt, soeben wieder ein Dorf mit 1000 Pfund.

Hugenberg verlangt.

Mit dem Christentum als Agitationschlager.

Der Hugenbergische Reichsausschuß erläßt eine Erklärung gegen den Termin des Volksentscheides. Er „verlangt“, daß der Volksentscheid auf einen Sonntag nach dem 15. Januar festgesetzt werde, und gebraucht die üblichen Phrasen vom christentumsfeindlichen Marxismus, der in der Regierung vorherrsche. Das Christentum ist Hugenberg gut genug, als Agitationschlager und Ausrede. Im übrigen hat der fromme Reichsausschuß nichts zu verlangen, und wir nehmen an, daß der Reichsinnenminister über die Innerschäuflichkeiten dieser Erklärung wie über sie selbst stillschweigend hinwegsehen wird.

Ludendorffs neueste Niederlage.

Die Münchener wollen seine Weisheit nicht hören.

München, 27. November.

Im großen Bogneraal fand eine Versammlung des Lannenbergbundes statt, in der der Schriftleiter von Ludendorffs „Volkswarte“, Hans Kurth über „Jesuitismus und Judentum“ sprechen sollte. Die Versammlung war zum weitaus größten Teil von Katholiken besucht, die die Ausführungen des Redners mit häufigem Pfuschen und Protestrufen begleiteten. In stürmischen Beifall brachen die Katholiken aus, als der bekannte Jesuitenpater Rupert Wagner in der Versammlung erschien. Der Redner bezeichnete diesen Empfang als Kasperliade, was mit stürmischen Pfuschen aufgenommen wurde. Die fortgesetzte Unruhe zwang den Redner schließlich, seine Ausführungen zu beenden. Als die Versammlung aufgehoben wurde, sangen die Katholiken das Lied „Ein Haus steht fest gegründet“ und andere Lieder. Die Katholiken zogen dann in ein anderes Lokal zu einer Versammlung, in der der Wille zum Ausdruck kam, sich im katholischen München solche Beleidigungen nicht mehr bieten zu lassen.

Praktische Reformarbeit.

Preussisch-thüringische Besprechungen.

Der Amtsliche Preussische Pressedienst meldet: Zwischen der preussischen und der thüringischen Staatsregierung fanden am Mittwoch, dem 27. d. M., vormittags im Preussischen Staatsministerium in Berlin unter dem Vorsitz des Preussischen Ministerpräsidenten und in Anwesenheit der beteiligten preussischen und thüringischen Minister Verhandlungen statt. Gegenstand der Verhandlungen bildete ein Meinungsaustausch über die Frage, wie durch Bildung von Verwaltungsgemeinschaften eine Vereinfachung der Staatsverwaltung unter besonderer Berücksichtigung von Ersparnismöglichkeiten herbeigeführt werden könne. Es wurde festgestellt, daß es eine Reihe von Sachgebieten gibt, auf denen die Bildung solcher Verwaltungsgemeinschaften möglich ist, und daß es wünschenswert sei, in gemeinsamer Arbeit geeignete Pläne aufzustellen.

Die Verhandlungen sollen nunmehr in weiteren Beratungen durch Beauftragte mit dem Ziel fortgeführt werden, den Regierungen gemeinsame nähere Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Münchener Theaterzensur.

Verbotene Verbrecher.

München, 27. November. (Eigenbericht.)

Die Beschwerde der Kammerpflege gegen das Verbot der Aufführung von Bradners „Verbrechern“ ist vom Innenminister abgewiesen worden. Die Regierung ist in Uebereinstimmung mit der Postgeregierung der „Anschauung“, daß die öffentliche Aufführung des Stückes, das schon über zahlreiche deutsche Bühnen gegangen ist, geeignet erscheint, das Ansehen der Rechtspflege und das Vertrauen in sie schwer zu schädigen. Jetzt besteht nur noch die Möglichkeit einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof. Sie dürfte jedoch aussichtslos sein, da der Präsident dieses Gerichtshofes der Herr v. Rahr ist, und der Generalstaatsanwalt der kassam bekannte ehemalige Justizminister Roth. Eine Vorstellung vor geladenen Gästen ist erlaubt worden.

Bedrohliche Pressefreiheit.

In Deutschösterreich.

Der christlichsoziale Finanzminister Dr. Klendböck, ein Dienstmann der Heimwehr, hat den Justizminister Dr. Glamo, einen reichlich provinziellsten Berufsrichter altösterreichischen Typs, zur Einbringung eines Gesetzesentwurfs veranlaßt, der unter dem bewährten Titel des Schutzes der Jugend vor Schmutz und Schund die ganze Literatur und Kunst unter Polizeiaufsicht stellen und so nebenbei das Palladium der Pressefreiheit in Deutschösterreich: die Zuständigkeit der Geschworenen für alle Pressevergehen, abschaffen will. Die bürgerliche Ausschussmehrheit ist diesen Weg gegangen. Das geistige Deutschösterreich protestiert leidenschaftlich gegen diese Absicht, darunter auch der bürgerliche Wiener Presseverein „Concordia“, dem auch die Redakteure der rechtsstehenden Zeitungen angehören.

Die französische Parteidiskussion.

Der „Populaire“ steht beiden Richtungen offen.

Paris, 27. November. (Eigenbericht.)

Zum Problem der Regierungsbeteiligung schreibt Leon Blum im „Populaire“: „Der „Populaire“ wird in dem Kampfe, der heute die Sozialistische Partei in zwei Lager teilt, nicht neutral bleiben. Ich will damit sagen, daß ich in meiner Eigenschaft als Chefredakteur der Zeitung, in welcher ich dem Kongress verantwortlich bin, stets in meinen eigenen Artikeln meine eigene Meinung, die meines Erachtens mit der offiziellen Parteipolitik übereinstimmt, vertritt. Andererseits aber gehört der „Populaire“ der gesamten Partei. Die Parteimitglieder haben ihn gewählt, er wird von ihnen aufrechterhalten, ohne Unterschied der Ideen oder Tendenzen. Infolgedessen muß der „Populaire“ auch weiterhin in voller Loyalität den Ideen beider Richtungen offen bleiben.“

Blum schlägt zu diesem Zweck vor, daß den Anhängern der Regierungsbeteiligung im „Populaire“ monatlich Blät für 14 Blattartikel zur Verfügung gestellt werden soll.

Lex Bessedowski.

Ein Ausnahmegesetz gegen Tschitscherin?

Die Presse hat bereits über die Lex Bessedowski berichtet, die die Sowjetbeamten, die sich weigern, nach Rußland zurückzukehren, außerhalb des Gesetzes stellt. Der Sinn und die Bedeutung dieser ganz außergewöhnlichen Maßnahme, die dank ihrer rückwirkenden Kraft noch ungeheurer erscheint, wird erst in ihrem ganzen Umfange verständlich, wenn man berücksichtigt, wer alles durch sie bereits jetzt getroffen wurde. Die Zahl der Sowjetbeamten, die es im Laufe der letzten Jahre vorgezogen haben, im Ausland zu bleiben, geht in die Duzende.

Da ist z. B. der ehemalige Handelsvertreter in Paris Rusnezom, der erste Sekretär der Sowjetregierung in Berlin Solomon, der Leiter der Handelsvertretung in Konstantinopel Ibrahimow, der Leiter der Handelsvertretung in Athen Petuchow, der Sowjetbevollmächtigte in Lettland Semaschko, die hervorragenden Angestellten der Berliner Handelsvertretung Bynewitsch und Raglawski, der stellvertretende Leiter der Fellaufteilung in der Pariser Handelsvertretung Baitin, der frühere Vorsitzende des Nordischen Waldtrufes Liebermann, der Direktor der Staatsbank Scheinmann usw. usw.

Mit Scheinmann hat es seine ganz besondere Bewandnis. Er führte im Namen der Sowjetregierung die Unterhandlungen mit amerikanischen Finanzgewaltigen. Gegen seinen Willen wurde er kurz vor Abschluß dieser Verhandlungen nach Moskau zurückberufen. Er kam bis Berlin und weigerte sich, weiterzufahren. In Moskau war man bestürzt; in den Berliner Banken befanden sich auf Scheinmanns Namen große Staatssummen. Ein spezieller Beauftragter suchte den Unbotmäßigen in Berlin auf und gab sich jede erdenkliche Mühe, ihn zur Rückkehr zu bewegen. Scheinmann wollte nichts davon hören. Schließlich einigte man sich: Der frühere Direktor der Staatsbank erhielt eine genügend große Abfindungssumme; dafür gab er die Staatsgelder heraus. Die Lex Bessedowski mit ihrer rückwirkenden Kraft dürfte nun auch ihn treffen.

Und wer weiß, ob nicht außer ihm auch noch Tschitscherin! Das Organ der russischen Sozialdemokratie, „Der Sozialistische Bot“, konnte, wie immer, aus einwandfreier Moskauer Quelle berichten, daß Tschitscherin sich geweigert habe, nach Rußland zurückzukehren. Und wie verlautet, hatte Karachans Besuch bei Tschitscherin in Wiesbaden den einzigen Zweck, den ehemaligen Volkskommissar für das Aeußere von der Notwendigkeit zu überzeugen, der Aufforderung der Sowjetregierung, nach Rußland zurückzukehren, Folge zu leisten. Tschitscherin außerhalb des Gesetzes! — Weshalb auch nicht?

Wie dem auch sei, die Lex Bessedowski sollte jedenfalls nicht ihn allein treffen. Sowjetangestellte, die jahrelang in den ausländischen Sowjetinstitutionen gearbeitet haben, deren Kinder die Schulen besuchen, fürchten nichts so sehr, als wieder nach Rußland zurückkehren zu müssen, um dort ungläublichen Wohnungsverhältnissen und kulturlosen Lebensbedingungen ausgesetzt zu werden. Und schließlich fürchten sie auch mit Recht um ihre Freiheit und ihr Leben. Sie wissen nur zu gut, wie es so manchem ihrer Kollegen bereits ergangen ist.

Nicht umsonst bezief sich erst vor kurzem der bereits oben erwähnte Leiter der Fellaufteilung in der Pariser Handelsvertretung Baitin, anscheinlich seiner Entschädigungsklage gegen die Pariser Vertretung auf die Verfolgungen, denen seine Kollegen in Moskau ausgesetzt worden sind. So nannte er z. B. den Leiter der Fellaufteilung Hernstein, der zwei Monate lang in den Gefängnissen der GPU verbringen mußte, ehe man ihn nach London zurückließ. Und „Der Sozialistische Bot“ berichtet in seiner letzten Nummer von vier nach Rußland zurückgekehrten Sowjetangestellten, die nach Salawehki verbannt worden sind, und von einem fünften, Kalmukow, der erschossen wurde.

Die Sowjetregierung wird mit ihrem Ausnahmegesetz kein Glück haben. Die einzige Folge wird sein, daß die wertvolleren Elemente es vermeiden werden, ins Ausland zu gehen. Es dürfte aber auch kein Zufall sein, daß gerade im Augenblick des gesteigerten Terrors gegen die Bauern, im 13. Jahre der Sowjetrepublik die Regierung zu der Maßnahme Zucht nehmen muß, ihre Bürger und Beamten, die sich weigern, nach Rußland zurückzukehren, außerhalb des Gesetzes zu stellen, ihr Vermögen zu konfiszieren und im Falle der Rückkehr in 24 Stunden zu erschießen.

Wie eine Proteste mutet dies Gesetz aber an, wenn man bedenkt, daß es die Sowjetregierung selbst gewesen ist, die seinerzeit den estnischen Gesandten in Moskau, entgegen dem Willen der estnischen Regierung, zum Bleiben veranlaßt und ihn hinterher gewaltsam in Rußland zurückgehalten hat. Ihre eigenen Bürger stellt sie außerhalb des Gesetzes!

Die belgische Regierungskrise.

Sozialisten bleiben Opposition.

Brüssel, 27. November. (Eigenbericht.)

Ein Manifest des Generalrats der belgischen Arbeiterpartei „An das Volk“ sagt, daß die Arbeiterpartei in der Opposition verharre, bis der Siegesmarsch der Arbeiter sie zur Macht bringt. In der Zwischenzeit werde die Partei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Verschleppung der notwendig erscheinenden sozialen Reformen kämpfen und dafür eintreten, daß die Sprachensfrage im Geiste des von der Arbeiterpartei empfohlenen Kompromisses gelöst werde.

Das Manifest wird in einer Million Exemplaren verbreitet.

Preise für den Reichstagsbau.

Der Wettbewerb um den Erweiterungsbau.

Das Preisgericht über den Wettbewerb um den Erweiterungsbau des Reichstags hat folgenden Architekten die im Programm ausgedachten Preise zuerkannt:

- a) den Architekten Professor Fahrenkamp und Professor de Fries, Düsseldorf, für den Entwurf Nr. 13,
- b) den Architekten Holzbauer und Dipl.-Ing. Franz Stamm, München, für den Entwurf 17,
- c) dem Architekten Professor Schmitthemer, Mitarbeiter Architekt Voebell, Stuttgart, für den Entwurf Nr. 16.

Die Entwürfe werden vom 9. Dezember 1929 ab voraussichtlich acht bis zehn Tage in der Technischen Hochschule in Charlottenburg öffentlich ausgestellt.

Die Regierungsbildung in Prag stockt noch immer. Neueste Ursache: Tschekische Sozialdemokraten lehnen Udzals Angebot von nur zwei Ministern für sie und nur eines belanglosen Ministers für die deutschen Sozialdemokraten ab, zumal Udzals Partei den Vorsitz und drei Ministerien erhalten soll. Von Programmverhandlungen ist noch keine Rede.

Die deutschen Sozialdemokraten der Tschekoslowakei hatten ihren Parteitag am 30. November im Volkshaus zu Prag ab-

Der Sparkommissar.



Wie ihn die Volksparteier sich wünschen!

Bermittlung in Ostasien.

Kapitulation der Chinesen in Mandschurien.

Tschitar (Mandschurei) über Tokio, 27. November.

Der japanische Generalkonsul in Mandschurien (russisch Mandschurien), Tanaka, hat vermittelnd eingegriffen und die chinesischen Truppen dort überredet, die Waffen niederzulegen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, da durch die Umgehungsmanöver der Sowjettruppen den Chinesen der Rückzug verlegt war. — Man glaubt hier zu wissen, daß der amerikanische Staatssekretär Stimson den japanischen Botschafter in Washington, Debutschki, zu einer Besprechung über die Lage in der Mandschurei eingeladen hat, obwohl die japanische Regierung zur Zeit nicht die Absicht hat, in den chinesisch-russischen Konflikt einzugreifen.

Das Verhandlungsangebot Chinas an Rußland hat der chinesische Gesandte in Berlin durch das Reichsaußenministerium an die deutsche Botschaft in Moskau zur Übergabe an die Sowjetregierung gesandt.

England und die Vermittlung.

London, 27. November.

Im Unterhaus hat, wie bereits kurz berichtet, auf Grund verschiedener Anfragen der Konflikt im Fernen Osten und die Lausache, daß sowohl Sowjetrußland wie China Unterzeichner des Kellogg-Paktes sind, den Gegenstand einer Erörterung gebildet. Die erste Anfrage erklärte, daß die Sowjetunion gewisse feindselige Akte gegenüber China begangen habe, und wünschte vom Staatssekretär des Auswärtigen zu wissen, ob er sich mit dem Gedanken trage, andere Regierungen, die am Kellogg-Pakt beileigigt seien, mit diesem Bruch des Paktes in der Absicht zu befallen, eine friedliche Beilegung des Konfliktes herbeizuführen.

Staatssekretär des Auswärtigen Henderson antwortete, wie bereits kurz gemeldet, der Kellogg-Pakt enthalte keinerlei Vorbehalten für den Fall einer Verletzung oder des Scheiterns einer Verlegung seiner Vorschriften. Vielmehr werde lediglich in der Präambel erklärt, jeder Unterzeichner, der künftig keine nationalen Interessen zu fördern suche, indem er zum Mittel des Krieges greife, werde aller Wohlwollen des Vertrages verlustig gehen. Weiter führte Henderson aus, nach seinen Informationen müsse die chinesische Regierung die Möglichkeit haben, an den Völkerbund zu appellieren. In der Völkerbundsordnung sei das Nötige für die Behandlung eines solchen Appells vorgesehen, und nach seiner Ansicht würde es besser sein, zunächst einmal abzuwarten, wie die Dinge sich in dieser Richtung entwickeln.

Sir Austen Chamberlain erkundigte sich, ob zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung über diese Frage ein Gedankenaustausch stattgefunden habe; ferner ob von Seiten der Vereinigten Staaten der Vorschlag gemacht worden sei, bei der Sowjetregierung gegen die Verletzung des

Kellogg-Paktes gemeinsame Vorstellungen zu erheben. Henderson antwortete, ein Bedenkensaustausch habe in der ersten Zeit des Konflikts stattgefunden. Damals habe er im Unterhaus bekanntgegeben, daß England bereit sei, an jedem gemeinsamen Schritt teilzunehmen, bei dem man darauf rechnen könne, den Streit zu einem friedlichen Abschluß zu bringen.

Soniel er wisse, sei damals keine weitere Mitteilung eingegangen. Jedoch sei von einer anderen Regierung eine Mitteilung erfolgt, und wenn ein gemeinsamer Schritt unternommen werden könnte, sei Großbritannien bereit, daran teilzunehmen.

Sir Austen Chamberlain warf dann die Frage auf, ob es nicht angemessen sei, daß die englische Regierung von sich aus neue Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Frage einleite und erkundigte sich, ob Henderson bereit sei, diesen Gedanken noch einmal nachzuprüfen.

Henderson antwortete: Ich kann nur feststellen, daß das Thema erst heute Gegenstand der Ermüdung gewesen ist. Wie ich schon mitteilte, sind wir bereit, uns an einem gemeinschaftlichen Schritt zu beteiligen. Gemäß der hier gemachten Anregung will ich auch überlegen, ob wir selbst eine derartige Aktion einleiten sollten.

Ein anderes Mitglied des Hauses fragte, ob es nicht möglich sei, sich eines anderen Mechanismus zu bedienen als des Völkerbundes. Henderson antwortete: Die Aktion, die ich ins Auge gefaßt hatte, war nicht in erster Reihe eine Aktion, die mit dem Völkerbund in Verbindung steht, sondern ein gemeinsamer Schritt der Unterzeichner des Kellogg-Paktes, zu denen sowohl Rußland wie die Vereinigten Staaten gehören.

China ruft den Völkerbund an.

Genf, 27. November.

Wu Kaijeng, der Vertreter Chinas in Genf und Bern, hat heute den Generalsekretär des Völkerbundes besucht. Eine amtliche Anrufung des Völkerbundes durch die Nantingregierung ist noch nicht erfolgt. Wu Kaijeng hat den Generalsekretär über die Freundschaften unterrichtet und mit ihm über die Möglichkeiten eines Eingreifens des Völkerbundes beraten. Möglich ist:

1. Eine außerordentliche sofortige Tagung des Völkerbundesrates.
2. Ein Antrag Chinas, den chinesisch-russischen Streifau auf die Tagesordnung der Januartagung des Rates zu setzen.
3. Eine allgemein gehaltene Klage Chinas beim Völkerbundesrat, wobei dem Rat überlassen bleibt, die notwendigen Maßnahmen zu tun.

Ungeklärt ist, ob die chinesische Regierung gleichzeitig mit der Annahme des Völkerbundes auch den Unterzeichnern des Kellogg-Paktes, zu denen auch Sowjetrußland gehört, eine amtliche Mitteilung über den Bruch des Kellogg-Paktes unterbreiten wird.

Das Recht der Unehelichen.

Die Ausgestoßenen sollen gleichberechtigt werden.

Der Rechtsausschuß setzte gestern die Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die unehelichen Kinder fort. Es wurde vorgeschlagen, daß die Unterhaltsansprüche des unehelichen Kindes gegen den Vater mit dessen Tode nicht erlöschen. Abg. Rosenfeld begründete einen sozialdemokratischen Antrag, das dem unehelichen Kinde statt eines Zahlungsanspruches gegen die Erben des Vaters ein Erb- und Pflichtteilrecht wie dem ehelichen Kinde geben soll. Dieser Antrag wurde nach kurzer Beratung mit den 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 10 Stimmen der nur schwach vertretenen bürgerlichen Parteien angenommen.

Der Gesetzentwurf läßt im § 1714 eine Vereinbarung zwischen dem Vater und dem unehelichen Kinde über den Unterhalt zu. Dieser Paragraph wurde angenommen.

§ 1715 verpflichtet den Vater, der Mutter die Kosten der Entbindung, sowie die Kosten des Unterhalts für die Dauer von 4 Wochen vorher und für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung zu ersetzen. Auch diese Bestimmung wurde angenommen. § 1716 des Entwurfs gestattet den Erlaß von einstweiliger Verfügung, durch welche schon vor der Geburt des Kindes derjenige, bei dem die Voraussetzung für die Feststellung der Vaterschaft vorliegt, verpflichtet wird, für die ersten drei Monate Unterhalt zu gewähren und den erforderlichen Betrag angemessen vor der Geburt zu hinterlegen.

Abg. Hanemann (Dnat.) äußerte Bedenken, weil in einer solchen Bestimmung manche Bevorzugung eines unehelichen Kindes gegenüber einem ehelichen liegt. Abg. Frau Biliff (Soz.) trat diesen Ausführungen entgegen. Sie hofft man die Lage des unehelichen Kindes gestalte, um so weniger Veranlassung liege zur Abtreibung vor. § 1716 wurde nach der Regierungsvorlage angenommen.

Sinowjew bereut zum zweitenmal.

Für die eiserne Disziplin.

Moskau, 27. November. (Dt.-Euph.)

Die „Pravda“ veröffentlicht ein Schreiben, welches Sinowjew an das Präsidium der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei gerichtet hat. Obgleich Sinowjew schon vor längerer Zeit durch vollständige Unterwerfung unter die Parteizentrale Vergebung für seine früheren oppositionellen Abirrungen erlangt hat, scheint er es dennoch für nötig zu halten, seine rückhaltlose Ergebenheit und Treue gegenüber der Parteimehrheit nochmals ganz besonders zu betonen. Er nimmt dabei Bezug auf die jetzt in Gang befindliche „Säuberung“ der Partei: bei den Fragen und Feststellungen der Revisionskommission hat er, wie aus seinem Schreiben hervorgeht, in einzelnen Bezeugungen über die Opposition und ihre Politik sich unklar ausgedrückt und befürchtet nun, daß seine unbedingte Solidarität mit der Parteimehrheit nicht deutlich genug zum Ausdruck gekommen sei. Infolgedessen betont er nochmals, daß er „eiserne bolschewistische Disziplin“ für notwendig halte und sich ihr füge. Sein einziger Wunsch sei, daß die Parteigenossen sich davon überzeugen, daß ich mich wiederum ganz mit der Partei verschmelzen habe und mich absolut einzig mit ihr fühle“. Diese Erklärung läßt ebenso wie die Unterwerfungserklärung von Rykow, Bucharin und Tomski erkennen, daß das Zentralkomitee der Partei zurzeit mit Erfolg die Opposition niedergedrückt hat. Immerhin ist diese nicht völlig erloschen. Wehr die Anhänger der sogenannten Bucharin-Schule, die sich hauptsächlich um den Jungkommunisten Slepowa in Samara gruppiert, erhält die „Pravda“ eine Meldung aus Samara, wonach die dortigen Oppositionellen auch jetzt noch, d. h. nachdem Bucharin selbst sich unterworfen hat, eine durchaus rebellische Haltung einnehmen.

Poincaré geheilt. Poincaré wird Anfang Dezember die Klinik verlassen und in seine Wohnung übersiedeln. Mitte Dezember er einen Erholungsurlaub am Mittelmeer nehmen.

Schafft Arbeit!

Bundesausschuß des ADGB. und Arbeitslosenfrage.

Auf der Bundesausschubung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes behandelte Grafmann bei der Erstattung des Berichts des Bundesvorstandes sehr ausführlich die Finanznot der Städte und die schlechten Aussichten, die sich daraus für die Bautätigkeit in den nächsten Jahren ergeben. Ueber die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Bautätigkeit planmäßig zu gestalten und insbesondere die behördlichen Bauvorhaben gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen, hat sich, wie Grafmann mitteilte, der Bundesvorstand mit dem Reichsarbeitsministerium ins Benehmen gesetzt.

In der Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes wurde von den Vertretern verschiedener großer Organisationen mit schärfstem Nachdruck betont, daß im Arbeitschutzgesetz bei der Regelung der Bestimmungen über Mehrarbeit unter allen Umständen der Tatsache der ständig gewordenen Arbeitslosigkeit Rechnung getragen werden müsse. Bestimmungen, die eine regelmäßige Ueberforderung der achtstündigen Arbeitszeit zulassen, hätten jeden Sinn verloren, wenn, wie heute, die Rationalisierung zu starken Betriebseinsparungen und Stilllegungen führe. Nach der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung sei nunmehr der Kampf um eine sozial erträgliche Durchführung des Gesetzes in den Verwaltungsausschüssen ausgenommen. Es verheißt sich von selbst, daß eine Revision der Versicherungsleistungen, wie sie etwa da und dort im Zusammenhang mit der Finanzreform gefordert werde, völlig undiskutabel sei. Dagegen müsse eine Erweiterung des der Krisenunterstützung unterliegenden Personenkreises entschieden gefordert werden. Ebenso müßten

Maßnahmen für eine großzügige Arbeitsbeschaffung vorbereitet werden. Eine wichtige Aufgabe für die Bezirksstellen der ADGB sei es, in ihrem Bezirk zusammen mit den Bauarbeiterorganisationen der Städte mancher Kommunen entgegen zu treten, ihre Bauvorhaben einzustellen oder einzuschränken. Mit großer Entschiedenheit wandte sich der Vertreter des Deutschen Bauergewerksbundes gegen einen Vorschlag, der dahin geht, zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter des Bauergewerbes eine Vereinbarung herbeizuführen, wodurch die Löhne der Bauarbeiter im Winter planmäßig gesenkt werden sollen.

Der Bundesvorstand hat, wie weiter aus dem Bericht Grafmanns hervorgeht, gegen den Entwurf eines Lichtspiel-

gesetzes protestiert. Der Nachlaß Karl Legiens ist auf die Bitte der Arbeitsleitung in das Reichsarchiv übergeführt worden. Das Besondere des Bundesvorstandes sowie das Recht, über etwaige Publikationen aus dem Nachlaß zu entscheiden, wurde vertraglich gesichert.

Ueber die Neuwahl der Handwerkskammern sprach Schlimme. Die Neuwahl ist vor der endgültigen Fertigstellung der Handwerksrollen nicht möglich. Erst dann kann auch die Neuwahl der Gesellenausschüsse erfolgen. Da die Gesellenausschüsse sich durch Zuwahl von Sachverständigen bis zu einem Fünftel der Mitgliederzahl ergänzen können, so ist bei der bevorstehenden Neufarmulierung der Handwerkskammerstatuten darauf zu achten, daß Gewerkschaftsvertreter in genügender Zahl in diese Arbeitnehmervertretungen gewählt werden.

Die Debatte über das Berufsausbildungsgesetz war trotz scharfer Kritik an den Mängeln des Entwurfs beherrscht von dem Hinweis, daß es schließlich doch in der Hand der Gewerkschaften liege, aus dem Gesetz einen Hebel für den Fortschritt zu machen. Fahlend (Schornsteinfeger) und Schlieffert (Deutscher Metallarbeiterverband) forderten schärfere Forderungen zum Schutz von mangelhaften Auslegungen des Gesetzes. Schlieffert hält den Fortschritt des neuen Entwurfs gegenüber dem früheren für sehr gering.

Bernhard (Bundesvorstand) betont, der Entwurf müsse fröhlich verbessert oder abgelehnt werden. Die Lehrzeit dürfe drei Jahre nicht überschreiten. Die Schulstunden müßten nicht nur als Arbeitsstunden gelten, sondern auch in die Arbeitsstunden verlegt werden. Die von Unternehmern eingerichteten Werkstätten seien unter staatliche Aufsicht zu stellen. Wähler (Bundesvorstand) wies darauf hin, daß das Gesetz sämtliche Jugendliche erfaßt, nicht nur die Handwerkslehrlinge. Er sieht, wie auch Tarnow (Holzarbeiterverband) und Krauß (Buchdruckerverband) den entscheidenden Punkt bei der Beurteilung des Gesetzes in der Mitarbeit der Gewerkschaften. Das Gesetz, betonte Tarnow, schaltet die tarifvertragliche Regelung nicht aus, und die Parität in den Ausschüssen sei eine wirkliche Parität. Krauß forderte eine Klausel, wonach bestehende tarifliche Regelungen auch Vereinbarungen der paritätischen Ausschüsse vorangehen. Lehmann (Gärtner) verlangte Einbeziehung der Gärtner in das Gesetz, soweit sie in ausgedehnten landwirtschaftlichen Unternehmungen tätig sind. Raabte betonte gegenüber Bernhard, daß Regelung des Berufsausbildungsgesetzes erfolgen könne; sie seien eine Landesache. Die Gewerkschaften hätten hier andere Möglichkeiten, sich Geltung zu verschaffen.

Schuhindustrie und Schiedspruch

Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Im Lohnstreik der deutschen Schuhindustrie haben die Arbeitgeberverbände den Schiedspruch, den der Sonderlichter am 20. November gefaßt hat, abgelehnt. Die Arbeiterverbände haben den Schiedspruch angenommen und Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsminister beantragt. Die Verhandlungen finden am Montag, dem 2. Dezember, im Reichsarbeitsministerium statt.

Die SPD. lädt die Berliner Funktionäre der Schuhmacher zu einer Konferenz ein, um auch gegen den Willen der opportunistischen Ortsverwaltung die notwendigen Schritte zur Kampfesorganisation zu beschließen.

Nach dem heillosen Fiasko der in den letzten Monaten der SPD. organisierten Streiks ist diese Partei zweifellos bemüht, die Schuhmacher in eine Niederlage hineinzureiten. Vorausgesetzt, die Schuhmacher laufen hinter der Sozialdemokratie her. Dafür besteht allerdings selbst bei den Kommunisten nur eine sehr schwache Hoffnung. Welcher organisierte Arbeiter und selbst unorganisierter Arbeiter wird heute noch dieser Partei die Führung eines Wirtschaftskampfes anvertrauen?

Die infamen Beschimpfungen der Vertrauensleute der Schuhmacher, mit denen die Einladung umrahmt ist, wird schon jedem ehrfurchtenden Schuhmacher den Besuch der kommunistischen Versammlung verbiten. Die anderen — nun, die können ja die übliche Resolution annehmen, in dem Bewußtsein, daß die ganze „Aktion“ damit erledigt ist.

Was die Wahl von Delegierten zu dem kommunistischen Spaltungskongreß betrifft, werden nur die Mitglieder der Zentralverwaltung dazu bereit sein, die ihrer Mitgliedschaft überdrüssig sind. Und die wird die SPD. suchen müssen!

Das Tischbuch ist zerschnitten.

Die gewerkschaftsfeindliche SPD.

Die Berliner Ortsgruppe des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus ihre Quartals-Generalsversammlung ab.

Der Vorsitzende, Genosse Hodapp, schloßerte in seinem Geschäftsbericht zunächst eingehend den Verlauf der fünf Lohn- und Tarifbewegungen, die im 3. Quartal geführt wurden und die für 15 472 Beschäftigte eine wöchentliche Lohnerhöhung von 26 900 M. brachten. Hodapp wandte sich dann nach der Besprechung einiger organisatorischer Angelegenheiten dem gewerkschaftsfeindlichen Treiben der SPD. zu. Der offene Kampf dieser „Ausschreiberpartei“ zwinge die freien Gewerkschaften dazu, vor allem Deffenheit zu betonen, daß es zwischen den freien Gewerkschaften und der SPD. irgendwelche Berührungspunkte nicht mehr

gibt. Es ist jedem Gewerkschaftsmitglied nach wie vor freigestellt, einer beliebigen politischen Partei anzugehören. Verlangt wird nur, daß sich jeder Gewerkschafter an die Beschlüsse und Statuten seiner Organisation hält und nicht innerhalb des Verbandes gegen ihn kämpft. Gegen die Bestrebungen der kommunistischen Partei, die Führung der Wirtschaftskämpfe an sich zu reißen oder Kämpfe gegen die Gewerkschaften selbst auszulösen, werden sich alle Organisationen mit aller Schärfe wenden. Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wird unachsiglich jedes Mitglied ausschließen, das sich zu dem kommunistischen Gewerkschaftskongreß delegieren läßt oder zu seiner ideellen oder finanziellen Unterstützung beiträgt. Diese Ausführungen des Genossen Hodapp wurden von der Generalversammlung mit lebhafter Zustimmung aufgenommen.

Nach dem vom Genossen Barth erläuterten Kassenbericht hat sich der Postkassenbestand infolge der Ausgaben für den Umbau der Bureauräume im 3. Quartal um 3278 M. auf 62 179 M. verringert. Der Mitgliederbestand hat sich im Berichtsquartal um rund 600 auf 17 596 erhöht.

Nach einer kurzen Diskussion, in der die Tätigkeit der Ortsverwaltung voll und ganz anerkannt wurde, stimmte die Generalversammlung dem Beschluß der Ortsgruppenleitung zu, wonach den arbeitslosen Verbandmitgliedern eine Weihnachtsspende gewährt werden soll.

Arbeitszeit bei der Reichspost.

Zur die Bahnpostbeamten 10 bis 13 Stunden!

Als der Reichspost die Arbeitszeitverordnung verabschiedete, wurde bei der Reichspost eine Verlängerung der Arbeitsstunden bis zu 13 Stunden herbeigeführt, indem auf den von Berlin auslaufenden Hauptstrecken das Durchfahren der Bahnpostbeamten beispielsweise bis Frankfurt a. M. eingeführt wurde.

Nachdem der Personalwechsel in Eisenach oder Kassel. Aus Sparmaßregeln wurde dieser Wechsel abgeschafft. Für die von Berlin nach Frankfurt a. M. durchfahrenden Beamten ergab sich selbst bei den nachschneidenden eine pausenlose Arbeitszeit von 10 bis 13 Stunden.

Dabei ist der Dienst der Postbeamten im fahrenden Eisenbahnpostwagen sehr anstrengend. Die Briefsendungen müssen von Station zu Station auf die einzelnen Stationen verteilt und in Briefbeuteln maßverpackt abgeliefert werden. Dabei bleibt kaum Zeit zur Berichtigung der dringenden Bedürfnisse. Ununterbrochen hält der Betrieb weiter. Der Beamte findet während der langen Arbeitszeit oft keine Gelegenheit zur Nahrungsaufnahme. Pausen sind dafür von der Postverwaltung nicht vorgesehen. Der Beamte wird von den anstrengenden Arbeiten so sehr erhitzt und ermattet, derart physisch und psychisch ausgepumpt, daß er für Erkrankungen besonders empfänglich ist.

Die Ersparnisse, welche die Postverwaltung durch diese Maßnahmen zu erzielen glaubte, bestehen nur scheinbar. Sie werden

durch die Kosten für Krankenzusatzleistungen wieder aufgewogen. Im letzten Geschäftsbericht der Deutschen Reichspost wird auch allgemein zugegeben, daß die Erkrankungsziffer der männlichen Beamten gestiegen ist. Als Ursache wird lediglich die lange Kälteperiode des letzten Winters angesehen. In Wirklichkeit ist die „Rationalisierung“ die Hauptursache der steigenden Erkrankungsziffer. Die Postverwaltung wird diese Wirkung der Rationalisierung um so weniger ignorieren können, da sie dem Reichsparlament gegenüber erklärt hat:

„Die in den letzten Jahren bei der DRP. in sehr starkem Umfang durchgeführte Rationalisierung hatte die Beamten zu einer intensiven pausenlosen Arbeitsleistung gezwungen, die sich in einzelnen Dienstzweigen großer Verkehrsämter darauf auswirkte, daß nicht nur die ordnungsmäßige Dienstabwicklung darunter litt, sondern daß daraus auch infolge mangelhafter Gebührensrechnung oft Nachteile für die Postkasse erwuchsen.“

Es ist klar, daß diese Art Rationalisierung die Beamten auch gesundheitlich schädigt und zu häufigeren Krankmeldungen zwingt.

Die Arbeitszeitverordnung gilt zwar nicht für die öffentlichen Beamten, das darf deswegen aber nicht als Freibrief für eine unbeschränkte Arbeitszeit der Beamten gelten, zumal nicht für eine Kategorie von Beamten, deren Tätigkeit derart anstrengend ist wie die der Bahnpostbeamten.

Die „Sparpolitik“ der Reichspost darf nicht auf Kosten der Gesundheit der Beamten gehen. Es ist unbedingt erforderlich, hier endlich Abhilfe zu schaffen.

Die schwache Stelle.

Die Trauer der maskierten Enlarber.

Vom Sonntag bis Mittwoch früh hat das offizielle Berliner Volkswirtschaftsblatt gebraucht, um über die Niederlage der SPD. bei den Handwebern zu berichten. Auszugehen, um den Vorstand zu belegen — und um ein Geschäft (nicht ein Fünftel, wie es irrtümlich in unserem Bericht hieß) der Stimmen zu erhalten, ist freilich schlimm. So spricht denn das Volkswirtschaftsblatt von der „schwachen Stelle in der Front der revolutionären Opposition“. Das habe „sehr viele Ursachen“, weil Bietich seine Position zum Kampf gegen die Opposition bemuge.

Nicht nur Bietich allein sei eine „reale Ursache“. Die Sozialdemokraten maskierten sich als Amsterdamer. „Die revolutionäre Opposition im Buchdruckerverband wendet derartige Tricks nicht an.“

Fällt den Moskowitern keine bessere Ausrede ein? Unsere Genossen treten in den Gewerkschaften offen auf als das, was sie als Gewerkschafter sind: Anhänger Amsterdams. Die Anhänger Moskows aber maskieren sich als „Opposition“, um alle jene einzufangen, die aus irgendeinem Grunde unzufrieden, aber nichts weniger als Volkswirtschaftler sind. Bisher hat das bei einem Teil der Buchdrucker auch verfangen. Aber nun es offen gegen den Verband geht, beginnt es zu laugen. Das ist die „reale Ursache“ der Niederlage der Moskowiter bei den Handwebern.

Adlung, Rohhaarspinner und Seiler! In der „Ersten Berliner Dampf-Rohhaarspinnerei Aktiengesellschaft Berlin-Weißensee“ „Ebro“ sind am 22. November die Spinner in den Streik getreten.

Die Firma hatte den laufenden Lohnvertrag gekündigt, um einen Lohnabbau von 4 Proz. vorzunehmen und außerdem eine Akkordregelung für die Spinner einzuführen, die eine bedeutende Verschlechterung für diese mit sich bringen würde.

Durch mehrfache Verhandlungen mit der Firma konnte zwar der Lohnabbau zurückgewiesen werden, auf den Akkordverschlechterungen aber blieb die Firma bestehen. Von der Belegschaft, die restlos organisiert ist, stehen heute die Spinner, Ausdreherinnen und Kränzierer im Streik.

Alle Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, die Streikenden durch Ablehnung der Streikarbeit, die die Firma in dem Stellenmarkt der bürgerlichen Zeitungen anbietet, zu unterstützen. Zutritt ist fernzuhalten.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Filiale Berlin.

Berliner Berufs Musiker!

Große öffentliche Versammlung heute, 11 Uhr, im großen Saal der Seidenstraße, Berlin, Ostviertel, 10 (Nähe Gendarmenbrücke). Tagesordnung: 1. Mitternacht ist noch weiter hinaus! (Zum bei den letzten im Riss- und Gendarmenbrücke werden behandelt.) 2. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände. 3. Neue Musikanten. 4. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände. 5. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Deutscher, Donnerstag, 19. Uhr, laden die Gruppen: **Wachposten:** In der Seidenstraße, Berlin, Ostviertel, 10 (Nähe Gendarmenbrücke). Tagesordnung: 1. Mitternacht ist noch weiter hinaus! (Zum bei den letzten im Riss- und Gendarmenbrücke werden behandelt.) 2. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände. 3. Neue Musikanten. 4. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände. 5. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deutscher, Donnerstag, laden folgende Veranstaltungen statt: **Wachposten:** In der Seidenstraße, Berlin, Ostviertel, 10 (Nähe Gendarmenbrücke). Tagesordnung: 1. Mitternacht ist noch weiter hinaus! (Zum bei den letzten im Riss- und Gendarmenbrücke werden behandelt.) 2. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände. 3. Neue Musikanten. 4. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände. 5. Bericht: Schiedsrichter vom Vorstand der Deutschen Musikantenverbände.

ACHTUNG! NICHT WEGWERFEN!
GUTSCHEIN
Jeder Karton zu 25 St.
ENVER BEY GOLD
ENVER BEY ORIENT
enthält 5 Einheiten
5
ENVER BEY
ZIGARETTENFABRIK ENVER BEY BERLIN

25 Zigaretten zu 5 Pfg.
erhält jeder Raucher
für 100 Einheiten



Können sich heute noch viele Menschen in die Zeit zurückdenken, als das Wort „Badenschluß“ durchaus noch nicht zum allgemeinen Wortschatz gehörte, weil es einfach keinen einheitlichen Badenschluß gab? Man sah, je nach der Branche, bis zehn, auch bis elf im Baden, die Rundschaff war eben bran gewöhnt. Ihn in jedem halbwegs passenden Fall als eine Art von Klubtotal zu betrachten, ob es nun ein Zigarrengeschäft oder ein Grünfram mit Flaschenbierhandel war. Dann kam der Reumuhrladenschluß, und es muß gesagt werden, daß der von den meisten kleinen Geschäftsinhabern selbst wie eine Erlösung begrüßt wurde, wenn sich freilich auch vorher keiner getraut hatte, allein den Anfang zu machen. Dann kam der Siebenuhrschluß, und der ist so noch nicht so alt, als daß wir nicht alle noch wüßten, mit welchen düsteren Prophezeiungen er begrüßt wurde. Und nun? — Nun sind wir daran gewöhnt, und es ist zu weiten, daß drum kein Stück Ware weniger verkauft wird.

Und wie wir uns an den Siebenuhrschluß gewöhnt haben, so würden wir uns sicher auch an die Forderung der Angestelltenverbände gewöhnen: An den Fünfuhrenschluß der Badengeschäfte am Weihnachtsabend. Denn wer kauft schon in den zwei Stunden von fünf bis sieben am Weihnachtsabend — und welche Dinge werden zu dieser Zeit noch so dringend benötigt? Die Wunschzettel standen ja so lange vorher fest, die Geschenke sind zum Teil gekauft: Nur der einsame Junggeselle läuft noch schnell, um ein Tributgeschenk für die Frau des Hauses einzubringen, in dem er diesmal seinen Weihnachtsabend verbringen darf. Ja, und dann kommt natürlich noch die Hausfrau, die in einer Art von Torchluspanik glaubt, über den ersten Feiertag unbedingt trotz aller Weihnachtskufen verhungern zu müssen, wenn sie nicht noch um dreiviertel sieben ein Brot, eine Büchse Delfardinen und eine Braunschweiger Würst einholt.

Es ist interessant, daß sich in den Verhandlungen mit den Einzelhandelsverbänden deutlich herausgestellt hat, wie wenig einheitlich die Interessen dieser Organisationen eigentlich sind. Die großen Geschäfte in der City sind im

allgemeinen dem Fünfuhrenschluß durchaus nicht abgeneigt, besonders würden sich die Warenhäuser nicht sträuben, um fünf zu schließen, wenn auch der Umsatz dieser zwei Stunden gerade bei ihnen noch eine erhebliche Summe repräsentiert, da für sie ja auch ihre Häuser in den Außenbezirken in Betracht kommen. Denn das ist ja das Charakteristische am Weihnachtsabend: Von fünf Uhr an liegt das Zentrum der Stadt fast tot da, in den großen Spezialgeschäften würde ein Kunde sogar berechtigtes Aufsehen erregen. Von denen, die Straßen und Kaufhäuser bevölkern, ist auch nur noch ein kleiner Prozentsatz als Käufer anzusprechen: Der Weihnachtsabend bringt noch einmal eine ganz besondere Sorte von „Schleuten“ auf die Beine; mancher, den zu Haus nur eine einsame kalte Stube — und oft noch nicht mal die — erwartet, sucht sich bis zur letzten Stunde an der geschäftig-geschäftlich aufgemachten Weihnachtsfreude zu wärmen. Die kleineren Geschäfte an der Peripherie aber glauben, nicht auf die „Angstkäufer“ der letzten Stunden verzichten zu können. Aber da gerade das Käuferpublikum dieser kleinen Geschäfte sich zumeist aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft zusammensetzt, wäre es richtig, wenn nun einheitlich von allen Arbeitenden die Parole aufgenommen würde:

Wir kaufen nicht am Weihnachtsabend ein!

Denn es ist ja keiner von uns Käufer, der nicht auch auf der anderen Seite irgendwo Arbeitender wäre, und selbst das Geschick der säumigsten Hausfrau ist eng an das Geschick ihres Mannes geknüpft, der irgendwo dort drin in der Stadt arbeitet und den sie doch spätestens um sechs Uhr am Weihnachtsabend zu Haus erwartet.

Noch ist es nicht gelungen, den Angestellten des Einzelhandels das Wochenende zu erobern, trotz aller guten und klugen Argumente auch von Seiten der Wissenschaft. Nach diesen Wochen vor Weihnachten, in denen sie mit Anspannung all ihrer Nerven, all ihrer Körperkraft arbeiten mußten, sind sie aber kaum noch fähig, nach dem normalen Arbeitstage ein noch so stilles Fest zu feiern. Die Solidarität aller Arbeitenden sollte ihnen in ihrem Kampfe helfen — und sie sollte es den Geschäftsinhabern danken, die sich zum Fünfuhrenschluß am Weihnachtsabend bereit erklären!

Neues vom Rundfunk.

Große Umwälzungen. — Vor dem Ende des Bildfunks.

Die zahllosen, berechtigten Klagen über die schlechte Empfangsverhältnisse im deutschen Rundfunk veranlaßten den Rundfunkkommissar Dr. Bredow, gestern auf einer Konferenz von Fachleuten die Pläne der verantwortlichen Rundfunkleiter für die Abstellung dieser Mißstände zu erörtern.

Die Ursachen der vielen Empfangsstörungen liegen im Weltendurcheinander und dem Bau ausländischer Großsender, die mit viel höherer Sendenergie arbeiten als die deutschen Sender. Dazu kommen örtliche Störungen durch Motore, Heißgeräte, Straßenbahnen und andere Empfangsbeeinflussungen, die die Empfangsgeräte untereinander verursachen. So sind nach einer für Groß-Berlin aufgestellten Statistik 45 Proz. aller Störungen Rückkoppelungsstörungen. Staatssekretär Bredow betonte, daß alles getan wird, um die Sendeverhältnisse so schnell wie möglich zu bessern. Das Reichspostministerium wird hierfür die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stellen. Inzwischen werden sich allerdings die Empfangsverhältnisse vorübergehend noch verschlechtern. Denn es soll keine Fälscherei geleistet werden, man will vielmehr das deutsche Rundfunknetz grundlegend umgestalten. Im Mittelpunkt wird dabei die Aufstellung von leistungsfähigen Großsendern stehen. Für die neuen Großsender ist gleichmäßig eine Antennenhöhe von 60 Kilowatt vorgesehen, die im Bedarfsfalle auf 100 Kilowatt, wie sie die stärksten Auslandsender haben, gesteigert werden kann.

Besteht also über die Stärke der neuen Sender volle Klarheit, so ist über ihre Zahl und ihren Aufstellungsort noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Der erste Großsender soll in Südwestdeutschland, jedenfalls bei Stuttgart, aufgestellt werden, weil dort die Empfangsverhältnisse zurzeit am ungünstigsten sind. Die Auftragserteilung zum Bau dieses Senders steht unmittelbar vor dem Abschluß, als Baugesamt sind neun Monate vorgesehen. Von den Erfahrungen, die man mit diesem neuen starken Sender machen wird, soll dann die Errichtung des zukünftigen Großsendernetzes abhängen. Aller Voraussicht nach dürfen neun Großsender im Gleichwellenbetrieb kommen, die einen ungestörten Empfang auf einen Umkreis von 10 Kilometern garantieren sollen.

Im Bildfunk sind ebenfalls in absehbarer Zeit einschneidende Umwälzungen zu erwarten. Man ist sich klar darüber, daß das heutige Empfangsgerät des Bildfunks für Polen schwer bedienbar ist, wozu die rasche Verfarbung der Bilder kommt, ganz abgesehen von den Störungen des abendlichen Fernempfangs durch den Bildfunk. Wenn man auch versuchen würde, das Programm zu aktualisieren, zum Beispiel durch Illustrierung des täglichen Funzprogramms, so bringt dies wieder so viele Nachteile, daß man jedenfalls wie in England vorgehen wird, wo am 1. November der Bildfunk ganz eingestellt wurde. Bis dahin wird man amtlicherseits den Bildfunk nicht weiter forcieren.

Bemerkenswert war noch die Erklärung Dr. Bredows zu dem gewisser Weise ausgestreuten Verdächtigungen über die Rundfunkteilung im Zusammenhang mit der Benutzung des Rundfunks durch die Reichsregierung. Für die verantwortlichen Leiter des Funzwezens ist die Reichsregierung erste Autorität im Staate, und die Förderung des Staatsgebaltens vornehmste Aufgabe, selbstverständlich auch für den Rundfunk.

Kampf dem Wohnungswucher!

Bei unserer katastrophalen Wohnungsnot ist es mehr als unverantwortlich, daß es immer noch eine Reihe von Wohnungen gibt, die auf indirektem Wege, also unter Umgehung der Wohnungsbehörde, ihren Besitzer wechseln und auf diese Weise oft längere Zeit leer stehen, bis sich der „Richtige“ findet. Täglich erhält der „Vorwärts“ eine Reihe von Zuschriften, die auf diese Mißstände hinweisen. Da gibt es z. B. Stube und Küche, die infolge Ermittlung ihrer Bewohner sofort zu beziehen sind, dort ist die Wohnungsinhaberin vor mehreren Monaten gestorben und ihr Schlafbüschel, ein lediger junger Mann, versucht jetzt, die Wohnung für sich zu annektieren, an einer anderen Stelle wieder lebt die Wohnungsinhaberin seit Jahren im Ausland und ihre Unter-

miete haben scheinbar stillschweigend die Wohnung übernommen, und so gibt es noch eine ganze Anzahl der verschiedenartigsten Machenschaften, wodurch denen, die dringendsten Anspruch auf eine Wohnung besitzen, die Möglichkeit der Erlangung einer solchen auf legalen Wege erschwert oder überhaupt unmöglich gemacht wird. Von der großen Anzahl ewig leerstehender Häuser, die in andere Hände übergehen, angeblich nur dem Abriß stehen sollen, jedoch zum neuen Besitzer bisher weder niedergelassen, noch vermietet wurden — wie z. B. der Häuserblock Potsdamer Straße 30 bis 42 und Sieglitzer Straße 27 bis 28 — soll bei dieser Gelegenheit ebenfalls gesprochen werden. Von allen Seiten muß geholfen werden, durch Aufdeckung dunkler Profitgeschäfte dem Wohnungswucher, der noch immer keine Blößen treibt, das Handwerk zu legen.



Aber während sie schon von Kriegsende und Heimkehr sprachen, bereitete sich im Hause ein Abschied vor, der sie daran erinnern mußte, daß das Band noch inmitten des Kampfes stand. Hans von Küsters Ausbildung bei der Artillerie war zu Ende. Erst konnte die Gräfin die Zeit noch nach Wochen zählen, dann nur nach Tagen — die Hoffnung, daß die Entscheidung des Krieges noch fallen würde, ehe Hans hinaustam, diese törichte Hoffnung, die nur eine Mutter hegen konnte, schrumpfte ein und schwand. Sie kam morgens bleich aus ihrem Zimmer herunter; aber Irene sah hell — denn der Stolz auf ihn ließ ihre Augen blitzen — den Bruder an. Er selber war noch von dem früheren Geist durchdrungen, höchstens hatte sich die spontane Begelsterung in eine beruhigte Ueberzeugung verwandelt.

Er kam kurz vorm Dunkelwerden nach Haus, über vier Tage mußten sie mit dem Kusmarisch rechnen. Die Gräfin hatte verweinte Augen, der Graf war schweigend, Irene sprach mit febrilischer Lebhaftigkeit, der einzige, der in der Tat seinen Gleichmut zu bewahren schien, war der Soldat selbst.

Und an diesem Nachmittag kam Esther Rubin, um sich ihres Auftrages zu entledigen. Wenige Minuten, bevor das Mädchen sie in die Stube einließ, war die Gräfin von einem Weintrampf erschüttert worden, sie ruhte jetzt unter dem sanften Zuspruch ihrer Familie im Nebenzimmer auf der Chaiselongue. Esther hörte das stolze Schluchzen. In ihrer einfachen Schwesterntracht stand sie in der Nähe des Fensters, draußen lag Schnee, die Dämmerung kam schon herein.

Die Tür wurde geöffnet, und herein kam der Soldat. Er stand still, überrascht, dann schloß er mechanisch die Tür. Sie sahen sich an, vielleicht für eine Sekunde, vielleicht für länger. Dann fragte er sie mit einer tieferen Stimme, als er sie an sich kannte, und sie antwortete ihm mit einem bebenden Unterfang, der ihr fremd war. Sie sagte die Worte her, die man ihr aufgetragen, und gab ihm in seine Hände, was man ihr übergeben hatte. Und als sie ihren Namen nennen mußte,

geschah ihr eine Empfindung, die ihr früher niemals gefahren war: sie schämte sich ihres eigenen Namens. Sie schämte sich, daß sie Esther hieß, und schämte sich, daß sie Rubin hieß. Der General von Lothringen hatte ihren Namen so zärtlich gesprochen, aber hier — sie war eine Jüdin. Und schämte sich tiefer noch, daß sie sich schämte. Aber sie fühlte dennoch, es war ihr Gewißheit, sie durfte den Namen nicht sagen. Sonst war mit dieser Sekunde ein Leben vorbei. Einen Augenblick rang sie, schwieg sie, suchte sie, schluckte sie.

„Christine Galt“, sagte sie dann. Sie sahen am Fenster, draußen lag Schnee. Er fragte nach Hohenau, nach Wäldern und Dörfern, die sie beide kannten. Ja, das Leben stand still, der Tod marschierte, Krieg warf seinen Schatten auf Städte und Land. Der Ansturm des Hungers, der tausend Entbehrungen, die den Säugling entkräften und die Alten enternern, begann. Der Sturm, der das Ende brachte, mußte kommen.

„Ueber vier Tage saß ich ins Feld.“ Nur der Schnee warf sein blaues Leuchten herein. Hans sah, was in ihren Zügen geschah. Die Wanduhr gab Laute. Von irgendwoher kam Weinen, das war seine Mutter. „Ueber vier Tage“, sagte er noch einmal, unbewußt, und sah vor sich hin. Plötzlich griff er mit beiden Händen zum Hals. Er horchte und hörte noch immer das Wimmern. Zum erstenmal seit aller Zeit seines Lebens spürte er einen Hauch aus dem Grunde, aus welchem das Weinen der Mutter kam.

Und plötzlich war ihm, als wüßten an ihm Bogen hinauf, über ihn hinaus, daß er ahnmächtig gegen sie wurde — über ihm schlug es zusammen. Der Abschied! Was war das? War Abschied ein Spiel, daß man ruhig dabei kletten konnte und den Tränen der anderen, die um einen fielen, zusehen konnte wie dem Gebaren der Kinder? War er denn bis hierher von Stein gewesen? War denn der Krampf, der seine Mutter geschüttelt hatte, nicht eine Aufrichtigkeit der Natur — der Natur, die er über die Pflicht längst vergessen hatte, als wäre sie nichts gegen Pflicht, die Natur! Er erkannte die Pflicht noch immer an — aber der Glaube an den Adel, die Heiligkeit dieser Pflicht kam ins Wanken. Wie konnte das kommen? Auch das Mädchen stand auf.

Wie konnte das kommen? Weil die Pflicht ein anderes Gesetz verleiht, ein Gesetz, das ihr ebenbürtig war, wenn nicht übergeordnet. O der Abschied, der Abschied! Vier kurze Tage, das Leben, das Leben! Er kam auf sie zu und sah sie an, als hätte er für irgendeine Schuld um Vergebung. Und diese Schuld, die er empfand, war, daß er in vier Tagen fort wollte, aus dem Leben in den Tod. Er sah sie an, sah sie an, es

war dunkler geworden, aber er sah sie darum nur besser... als hätte er um ein Versprechen — ein Versprechen, das ihm Gewißheit gewährte, daß die Schuld seines Abschieds von ihr vergeben und durch ihr geduldiges Warten verwischt, getilgt, ausgeglichen würde. Ein wogenhaftes Gefühl stürmte über sein Herz dahin. Und da fühlte er sich, indem er sie ansah, er hatte es, ihr Versprechen.

„Christine Galt“, sagte er flüsternd. Er berührte ihre Finger und es schloß beiden durchs Blut wie einschlagender Blitz.

Dann begleitete er sie durch den Garten hinaus. Die Straßen waren dunkel, leer, durch den Krieg. Unter ihren Füßen lag Schnee wie ein Teppich.

In eben den Tagen, als Hans Abschied nehmen mußte, kam Albert de Castro, Offizier geworden, auf Urlaub. Und das war gut, nicht für Albert nur. Vor allem die Gräfin, deren Aufmerksamkeit der Besuch ihres Schwiegersohnes in Anspruch nahm, war nun verhindert, sich überall und zu jeder Zeit ihren Gedanken hinzugeben. Hans selber, dessen Aufenthalt im väterlichen Hause jetzt noch nach Stunden zu messen war, fühlte, als er ihn sah, jenen Widerstand, der sich damals, als sein Vater ihn den Weg zur Rettung vom Schloß Hohenau erklärte, in rasenden Zorn gegen Albert gesteigert hatte. Ein de Castro, dem meine Schwester gehört, dachte er, als er zum Tisch näher trat, um den Leutnant de Castro zu begrüßen. Aber eigentlich war es nicht mehr ganz Hans von Küster, der dies dachte, sondern es war eher, als sprächen Worte in einem erhitzten Gehirn sich selber. Worte, die aus der Vergangenheit waren und nun schon längst keine Geltung mehr hatten. Er fühlte das selbst. Und er wußte auch gut, daß der Zweifel an seiner eigenen Empfindung nicht etwa die Offiziersuniform seines Schwagers hervorrief, sondern die Erschütterung des vorigen Tages, die Einsicht in den wankenden Grund heiligster Ueberzeugungen, der Zusammenbruch schmerzhafter Ideale im tagelichen Dichte der Wirklichkeit.

So unsicher war er geworden, daß er auch dort, wo er, von einer geäußerten Meinung gereizt, aufahren wollte und widersprechen — sich bezwang, um zu prüfen, ob er nicht wieder im Dunkel ginge, wo er im Licht zu gehen glaubte, etwa so wie bis gestern. Er begriff nun, wie billig Worte sind, Begeisterung, Taumel, tollkühner Wille — und wie schwer zu erobern die Wahrheit bleibt; die Erkenntnis der Tatsächlichen, Nackten, was ist.

(Fortsetzung folgt)

Das neue Stadtparlament.

Einführung am 12. Dezember.

Der Magistrat hat beschlossen, die neuen Stadtverordneten zu ihrer ersten Sitzung am Donnerstag, 12. Dezember, nachmittags 6 Uhr, zusammenzuberufen. Die Einführung und Verpfichtung der Stadtverordneten wird Bürgermeister Scholz vornehmen.

Um die Kommunalkredite.

Keine Einschränkung des Wohnungsbaues.

Die unter dem Vorsitz des Landrats Dr. von Achenbach gemeinsam tagenden Vorkände des Deutschen und des Preussischen Landkreistages beschließen sich mit einer Reihe für die Kommunen außerordentlich wichtigen Fragen. Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Kleiner, und der Leiter der Kommunalsabteilung im Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. von Leyden, nahmen an der Sitzung teil.

Im Mittelpunkt der Beratung stand die Frage der Ablösung kurzfristiger Kommunalkredite. Dr. Kleiner und der Präsident des Landkreistages Dr. von Stempel verbreiten sich eingehend über den in der Öffentlichkeit viel besprochenen Plan der Verwendung der Sparkassenüberschüsse zur Konsolidierung kurzfristiger Kommunalkredite. Auch der Landkreistag steht auf dem Standpunkt, daß die verfügbaren Mittel der Sparkassen zu einer weitgehenden Entschuldung und zu einer Ablösung insbesondere der ländlichen kommunalen Schulden herangezogen werden sollen. Die Verschuldung der Landkreise bewegt sich in durchaus normalen Grenzen. Trotzdem sind sie bereit, sich solidarisch den übrigen Gemeinwesen für diese Aktion zur Verfügung zu stellen. Das geschieht jedoch unter nachstehenden Voraussetzungen:

Die Hergabe der Überschüsse darf besonders hinsichtlich der Höhe nicht dazu führen, den ländlichen Wohnungsbau und die ländliche Wirtschaft zu beeinträchtigen, da die hieraus entstehenden volkswirtschaftlichen Schäden für die Wirtschaft untragbar sein würden. Diese Maßnahme darf nicht einen Anreiz zu weiterer Schuldenpolitik der Kommunen bilden. Die Ausschüsse, die bei der Kreditverteilung tätig sind, müssen die Garantie dafür bieten, daß eine aufwendige Finanzpolitik unter allen Umständen verhindert wird. Sie haben außerdem die Pflicht, darüber zu wachen, daß die Bedürfnisse des platten Landes nicht zu kurz kommen.

Der Grundsatz: Daueranlagen nicht mit kurzfristigen Krediten zu finanzieren, muß unbedingt beachtet werden.

Wenn das flache Land bei dieser Entschuldungsaktion wiederum seine Solidarität beweist, kann es verlangen, daß beim kommenden Reichs- und Landesfinanzausgleich seine Belange mehr als bisher berücksichtigt werden.

Den Schluß der Tagung bildete die eingehende Durchberatung der auf sozialpolitischen Gebieten augenblicklich im Mittelpunkt der Befehrbung stehenden Fragen.

Willis Engrossgeschäft.

Schwindelkaufleute unterstützen durch „gute Referenzen“.

Wie dieser Willis sich vom Fürsorgejüngling und vom Mitglied der ehrbaren Ganovenzunft zum „ehrbaren“ Kaufmann heraufarbeitete, wie er im Handumdrehen einen Geschäftsbetrieb eröffnete mit Laden und Bureaueinrichtung, verdient erzählt zu werden. Allerdings stand er mit seinen Stohlgeschäften nicht einsam da; er wurde auch tatkräftig unterstützt von einigen, gleichfalls wegen Kreditbetruges, Einpönnengeschäften und dergleichen mehr vorbestraften Herren. Sie gaben Willis Referenzen. Willis gab ihnen Referenzen, die Lieferanten fielen darauf herein, geistig nicht mit Kredit, die Ware wurde 60 Proz. unter Einkaufspreis verschleudert, von den 40 000 Mark, die sie zu bekommen hatten, fielen ihnen nur 5000 Mark zu.

Willis Vater war ein braver Mann; der Fünfzehnjährige fälschte aber ein Posteinlieferungsbuch, stahl einige Filzrollen, hinterher einen ganzen Kollwagen, einige Zeit darauf einige Kisten Büchlinge; er kam in Fürsorgeziehung und stahl an den darauf folgenden Jahren immer hartig darauf los; zwischendurch beging er auch Betrügereien; von 1921 bis 1927 kam er aus dem Gefängnis eigentlich nicht heraus. Dann wurde er „Kaufmann“. Sein Vater gab ihm 1500 Mark zum Handel, das Geschäft ging gut, er verdiente einige Tausend hinzu und eröffnete im Februar 1928 in der Weganderstraße ein Engrossgeschäft. Er kaufte Ladeneinrichtung und Bureaumöbel, schaffte sich Telefon an, Postcheckkonto, erwarb Kartons, die er leer auf die Regale stellte, Padpapier und Bindfaden, die er ebenso wie alles andere, nicht bezahlte, und schließlich auch Briefbogen. Die Briefbogen waren die Hauptsache. Auf den einen stand „Isaak, Textilwaren- und Wäscheherstellung“, auf den anderen „Textilwaren, Wäsche, Sportartikel“ und wieder auf anderen „Kristall, Glas Porzellan, Hotelbedarfsartikel engros“. Je nach Bedarf bediente er sich der einen oder der anderen Briefbogen. Die Firmen, mit denen er in Verbindung treten wollte, suchte er sich aus dem Branchenlexikon heraus, einige Geschäftsbeziehungen knüpfte er aber auf der Leipziger Messe an. An Referenzen fehlte es nicht. Seine Freunde versorgten ihn damit nach Herzenslust. So hieß es z. B. in einer Referenz: „Ich stehe mit der Firma in angenehmer Geschäftsverbindung, ich kenne Herrn... persönlich und schätze denselben als tüchtigen und strebsamen Kaufmann... Am hiesigen Platz habe ich über die Firma nichts Nachteiliges gehört; nach den gemachten Erfahrungen halte ich die Firma für gut und kann ihr ein angemessener Kredit mit Ruhe gewährt werden.“ Und als es einmal besonders eilig war, ging ein Telegramm ab: „Einräumung von Kredit nicht zu beanstanden.“ Und die Firmen fielen auf diese Referenzen herein: in Berlin, in Sachsen, in Weiskalen, in Bremen, insgesamt etwa 70 Firmen. Isaak bestellte aber an Hand seiner Briefbogen lustig weiter Waren, stieß sie mit Hilfe verdächtiger Vermittler ab und lebte einen guten Tag. „Ich habe ein Sach aufgemacht“, sagte er, „und ein anderes zugemacht.“ Seine Bücher sollen eines schönen Tages von Beamten beschlagnahmt worden sein; seinen Geschäftsbriefwechsel hatte er verbrannt.

Im Oktober war die Herrlichkeit zu Ende. Als die Behörden in seinem Geschäftslokal erschienen, war von Waren überhaupt nichts mehr zu sehen. Die beschlagnahmten Kleider und die Scheuertücher, die Herrenstoffe und Schlüpfer, die Monteurkleidung und Gummistiefeln, die Hosenträger und Kristallfächer, die Daunen und böhmische Löpfe, die Strickjacken und das Tafelgeschirr — alles war verschwunden. Isaak erklärte aber vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte frei und ehrlich: „Von April an wußte ich, daß ich die Waren, die ich bestellte, nicht bezahlen würde.“ Die Verhandlung dürfte einen Monat in Anspruch nehmen.

Eine neue gewissenlose Heke.

Die Ermissionen in der Kösliner Straße.

Kommunistische Blätter berichten aus dem Bezirk Wedding in sensationeller Aufmachung, daß in der Kösliner Straße massenhafte Ermissionen geplant seien. Um eine neue Heke zustande zu bringen, wird gläubigen Lesern das tolle Märchen erzählt, die Polizei habe ein Interesse daran, die Kommunisten dort los zu werden. Zugleich werden einige Ermissionen gemeldet, die schon ausgeführt worden sind. Und im Anschluß daran werden gegen das Wohnungsamt Wedding die üblichen Schmähungen geschleudert.

Ermissionen sind eine Maßregel, über die auf Klage der betreffenden Hauswirte die Gerichte entscheiden. Das Wohnungsamt kann eingreifen, wenn Gemährung einer Erbschaft beantragt wird. Auf dem Wohnungsamt Wedding ist von einer auffälligen Mehrzahl solcher Anträge bisher nichts bemerkt worden. Ist den von der Ermision bedrohten Familien nicht bekannt, wohin sie sich wenden müssen? Auch die Zahl der an das Wohlfahrtsamt zu richtenden Anträge auf Gemährung von Mietbeihilfen, durch die sich die Ermissionen abwenden lassen, ist im Bezirk Wedding nicht ungewöhnlich gestiegen. Wissen die mit der Mietzahlung im Rückstande gebliebenen Familien nicht, daß solche Beihilfen gemährt werden können? Die in der kommunistischen Presse geschilderte Ermision eines Untermieters mit Frau und Kind ist erfolgt, nachdem ein Räumungsvergleich rechtskräftig geworden war. Das Wohnungsamt hat dieser Familie, die erst nach der Ermision sich meldete, zunächst eine Kochstube nachgewiesen, aber der Hauswirt lehnte den

Vertragschluß ab. Inzwischen hat das Wohnungsamt eine andere Wohnung nachgewiesen. Sollte etwa auch hier der Vertragschluß abgelehnt werden, so wird das Wohnungsamt beim Räumungsvergleich einen Zwangsvertrag beantragen. Einseitigen wird auf Anordnung des Wohnungsamts dafür gesorgt, daß die Sachen der ermitionierten Familie sichergestellt werden, um sie vor Beschädigung zu schützen. Auch wird ein Wohlfahrtspfleger sich bemühen, einstweilige Unterkunft für die Familie zu beschaffen, damit sie nicht auf der Straße liegen muß. Schwindel ist die von der kommunistischen Presse gebrachte Meldung, daß es erst einer Einwirkung des Bezirksamtes auf das Wohnungsamt bedürft hätte. Schwindel ist auch die Behauptung, daß erst kommunistische Bezirksverordnete einen Druck auf das Wohnungsamt hätten ausüben müssen. Das Wohnungsamt hat eingegriffen, sobald es von den Hilfesuchenden in Anspruch genommen wurde. In einem anderen Ermissionsfall hat ein Arbeiter aus der Kösliner Straße sich acht Tage vor der drohenden Ermision beim Wohnungsamt gemeldet. Nachgewiesen wurde ihm vom Wohnungsamt zwei Tage nach der Meldung eine erste Wohnung, nach zwei Tagen eine zweite und eine dritte Wohnung. Er will die dritte nehmen. In anderen Fällen sind inzwischen die Mietbescheide bezahlt worden, so daß hier die Ermissionen unterbleiben werden.

Heke unter allen Umständen — das ist die Lösung der kommunistischen Presse. Jetzt probiert sie, ihr sei es zu danken, daß die Ermissionen unterbleiben. Das ist die übliche Praxiseri — sie gehört zum Geschäft.

Allgemeine Funktionär-Versammlung

heute, Donnerstag, 28. November 1927, 11 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110

Tagesordnung:

Das Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen

Referent: Franz Känsler, M. d. R.

Zutritt haben nur Funktionäre mit dem Parteiausweis für 1929 und gleichlautendem Mitgliedsbuch. Tärkontrolle 1. Kreis. Der Bezirksvorstand.

Der Zahnarzt unter Mordverdacht.

Er soll zwei Frauen umgebracht haben.

In Schwedisch-Neudorf hat die Verhaftung des Zahnarztes Dr. Gullmann großes Aufsehen erregt, der unter dem Verdacht steht, seine Frau ermordet zu haben. Der Zahnarzt, der lange Zeit in geordneten Verhältnissen und in glücklicher Ehe lebte, war seit einiger Zeit zu einem etwas geheimnisvollen, luxuriösen Leben übergegangen und in immer größere finanzielle Schwierigkeiten geraten. Drei Tage, bevor seine Frau ums Leben kam, hatte er sie mit 50 000 Mark versichert. Da inzwischen auch Gerüchte aufgetaucht sind, daß die erste Frau des Zahnarztes, die nach dessen Angabe Morphinistin gewesen und an einer zu großen Dosis Morphin gestorben sein soll, ein Opfer Gullmanns war, wurde der offizielle Haftbefehl gegen Gullmann erlassen.

Gestern nachmittag wurde die Sektion der Leiche der Frau Gullmann vorgenommen. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß der Tod durch Erhängen, das einen Bruch des Kehlkopfes zur Folge hatte, eingetreten ist. Dr. Gullmann wird zur Zeit von dem zuständigen Amtsrichter vernommen, hat aber noch kein Geständnis abgelegt. Durch den Sektionsbefund ist die Behauptung Gullmanns, seine Frau sei von der Leiter gestürzt und so zu Tode gekommen, zweifelhaft widerlegt.

„Fig, sonst knalle ich dich nieder.“

Revolvertatent auf einen Zeitungshändler.

Ein empörender Vorfall spielte sich gestern Abend an der Ecke Baumshulen- und Heidelkampstraße ab. Dort hat der 28jährige Zeitungshändler Fritz Blau aus der Kolonie „Hermannsruh“ in Rudow seit Jahren einen Zeitungstand. Gegen 18 Uhr erschien auf einem Fahrrad ein junger Bursche und verlangte eine „Welt am Abend“. Im selben Augenblick zog er eine Pistole aus der Tasche und legte auf den überrohten Händler mit den Worten an: „Run aber fig — sonst knalle ich dich nieder.“ Dieser ganze Vorgang war von dem Vater des Händlers, den 53jährige Tankwärter Ewald Blau, der nur wenige Meter von dem Zeitungstand eine Tankstelle versteht, beobachtet worden. Blau eilte sofort herbei, um den Revolverheben abzuwehren. Plötzlich feuerte der Bursche einen Schuß ab; die Kugel drang dem alten Blau in den rechten Oberarm. Trotz der Verwundung eilte Blau dem Schützen, der zu flüchten versuchte, nach, und schlug ihn mit einer Eisenstange nieder. Nachdem er noch eine Tracht Prügel bezogen hatte, übergab er ihn die beiden Männer der Polizei. Auf dem Revolver wurde er als ein 23jähriger Gärtner Alfred Gerike aus Alt-Rudow festgestellt. G. zeigte keine Spur von Reue, sondern erklärte den Beamten noch zornig, daß er bedauere, nur eine Kugel im Lauf gehabt zu haben, sonst hätte er beide niedergeschossen. Der Röhling, der etwas angegrünelt war, wurde in Gewahrsam gebracht.

Fest der Feuerwehr.

Beth großer Beliebtheit sich die Berliner Feuerwehr in allen Schichten der Bevölkerung erfreut, zeigte der außerordentlich starke Besuch ihres Wohltätigkeitsfestes in den Besamträumen des Zoos. Im Rahmen der gelanglichen Vorträge ernteten Frau Effe Colmer und Anton Baumann starken Beifall. Den Höhepunkt erreichte das Fest um Mitternacht, als bei der lustigen Feuerwehrpolonaise eine „Konkurrenzpolonaise“ entbrannte, was zu manch fröhlichem Intermezzo Anlaß gab. Im Gartenlokal brachte das Berghorn-Botelsquartier stürmisch applaudierte Vorträge und der Tanz in allen Räumen hielt die festliche Menge bis in die Morgenstunden besessenen. Unter den vielen Gästen sah man u. a. den preussischen Innenminister, den Polizeipräsidenten und viele andere. Das Fest hat einen Reinertrag von über 30 000 M. gebracht, die als Grundfonds für das geplante Erholungsheim der Feuerwehr dienen sollen.

Die Verhütung von Brandkatastrophen.

Die Deutsche Gesellschaft für Bauingenieurwesen veranstaltete im Großen Saal des Ingenieurhauses in Berlin einen Vortrags- und Ausprachabend über das Thema „Gefahrenpunkte für Verhütung von Brandkatastrophen durch bauliche Maßnahmen und Feuerlöscheinrichtungen“.

Branddirektor Dipl.-Ingenieur Wagner vom Zentralamt der Berliner Feuerwehr schilderte an Hand der praktischen Erfahrungen aus den verschiedenen großen Berliner Bränden der letzten Jahre die Forderungen und Behren, die sich vom Standpunkt der Feuerwehr hinsichtlich der Zugänglichkeit der Brandstätten, der Brandfestigkeit der Konstruktionen usw. ergeben haben. Der Vortragende erläuterte seine Ausführungen durch Lichtbildwiedergabe von Grundrisszeichnungen und Bildern von Brandstätten und wies nach, daß sich durch sachgemäße Anlage von geschützten Treppenhäusern in ausreichender Zahl und günstiger Anordnung sowie durch Einhaltung der übrigen polizeilichen Vorschriften, wie z. B. bezüglich der Lagerung feuergefährlicher Stoffe, der Freihaltung von Durchgängen und ähnlichen Maßnahmen, Brandkatastrophen in den erlaubten Ausmaßen zum größten Teil hätten vermeiden lassen. Der Vortragende schilderte die außerordentlichen Vorgänge der Sprinkleranlagen, die nachgewiesenermaßen bei über 40 000 Fällen mit 97 Prozent Sicherheit ausstommt, wurde Brände auf einen kleinen Herd beschränkt konnten. Im Anschluß sprach Magistratsoberbaumeister Wähmann von der städtischen Baupolizei über die vom Standpunkt der „Feuersicherheit“ und der „Feuerhemmung“ an Baumaterialien und Konstruktionen zu stellenden Anforderungen und ging dabei auch auf die für die Zukunft besonders wichtigen Maßnahmen für den Schutz von Hochhausbauten ein.

Ungetreuer Magistratsgehilfe.

Eine Verhaftung bei der Potsdamer Girokasse.

Die Unterschlagungen bei der Potsdamer Girokasse, die bis jetzt 26 000 M. betragen, haben jetzt zur Verhaftung des Magistratshilfsangestellten Ull aus Rowanow geführt.

Ull, der bei der Girokasse beschäftigt wurde, hatte sich in letzter Zeit krank schreiben lassen und ein Krankenhaus aufgesucht. Als er das Krankenhaus am Dienstag Abend verlassen wollte, wurde er von der Potsdamer Kriminalpolizei festgenommen und auf das Polizeipräsidium gebracht.

Dieser junge Angestellte hatte eine Geliebte in Potsdam eingemietet und mit ihr im eigenen Auto Reisen an den Rhein gemacht. Unterwegs wurde nur Sekt getrunken. Im Laufe des heutigen Mittwoch wird Ull von Kriminalrat Wagner vernommen werden. Er ist vollständig zusammengebrochen, taugnet aber bisher jede Schuld. Die Unterschlagungen sind derart bewertungslos, daß Ull einer noch nicht ermittelten Person ein Konto auf der Girobank eingerichtet hatte. Diese Person — man glaubt, daß es die Geliebte ist — hat nun Tausende von der Girokasse abgehoben und dem U. wieder zugestellt. Schon vor längerer Zeit waren auf einer städtischen Kasse in Potsdam Veruntreuungen eines Beamten festgestellt worden. Die Summen beliefen sich damals auf etwa 8000 M. Man verfolgte die Sache nicht weiter. Der betreffende Beamte K. wurde zur Gasanstalt verlegt. Diese Nachgiebigkeit hat sich jetzt schwer gerächt.

Die Jugend singt Volkslieder.

Am Schöneberger Rathaus sitzen Hunderte von jungen Menschen, geschart um ihren Führer Prof. Fritz Joede, und singen schöne, alte uns allen ganz unbekannt Volkslieder. Prof. Joede ist der Begründer und Leiter einer Volksmusikschule, die sich die Pflege und das Wiederaufleben des alten Volksliedes zur Aufgabe gemacht hat. Auf Einladung des Bezirksjugendamtes Schöneberg halten sie jeden Winter eine öffentliche Singstunde im Schöneberger Rathaus ab. Schlicht und natürlich klingen die hübschen Weisen, man vermischt, den jungen Leuten den textlichen und musikalischen Grundgedanken der einzelnen Lieder fählich zu machen, indem die Worte

1000 Reichsmark für ein Lichtbild! Wenn die lichtarme Jahreszeit kommt, sollte die Kamera des eifrigen Lichtbildners nicht in Winterschlaf sinken, sondern fleißig für Heimaufnahmen bei künstlichem Licht benutzt werden. Wer hierzu die bequem zu handhabende vorzügliche Ostram-Mitropho-Lampe verwendet, erzielt sicher gute Aufnahmen mit jedem gewünschten Lichteffekt und kann sich vor allem an dem großen Wettbewerb beteiligen, den die Ostram G. m. b. H. jetzt veranstaltet. Es winken Preise von insgesamt RM 6000.—, der 1. Preis beträgt RM 1000.—. Die Bedingungen des Wettbewerbes erhält man bei jedem Photofachhändler.

Konto „Baronin Schwarzenberg“.

Aus dem Revisionsbericht der Bank für Deutsche Beamte.

Wir haben kürzlich einiges aus dem Revisionsbericht der zumunnegebrochenen Reichsbundbank veröffentlicht, jener Reichsbundbank der höheren Beamten, die von volksparteilichen Reichsminister a. D. Scholz gegründet und beauftragt, zum Schaden der Beamten ein so jämmerliches Ende nahm. Ueber die „Bank für Deutsche Beamte“, bei der Tausende von kleinen Beamten zu Schaden kamen, erzählt man jetzt ähnlich tolle Dinge.

In einem Revisionsbericht über die Bank für Deutsche Beamte sind merkwürdige Dinge zu lesen. Man erfährt, daß die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der

Bildung einer Vertreterversammlung in größtmöglicher Weise mißbraucht

wurden. Im Protokollbuch sind über die Tätigkeiten des Aufsichtsrates, soweit es sich um die Prüfung der Geschäftsführung, insbesondere der Kreditgewährungen handelt, Aufzeichnungen nicht vorhanden. Dann folgt der lapidare Satz: Der Aufsichtsrat hat vollständig versagt!

Die Prüfung der Jahresbilanz nebst Unterlagen übertrag der Aufsichtsrat einem Angestellten. Es wird zu unterzogen sein, inwieweit diese Aufsichtsratsmitglieder, die ja von den Organisationen gewissermaßen beauftragt wurden, materiell interessiert waren. Wir erfahren aus dem genannten Revisionsbericht, daß alle Vorstandsmitglieder, Beamte und Angestellte, von den Direktoren an bis zum jüngsten Buchhalter, an der Börse spekulierten. Die Konten wurden in einer Geheimbuchhaltung geführt. Diese nannte man „Oberbuchhaltung“ und war doch nur für jene Konten bestimmt, die, wie der Revisionsbericht sagt, das Tageslicht nicht vertragen konnten.

Eins der im Revisionsbericht festgestellten Geschäfte der Bank für Deutsche Beamte verdient, in Einzelheiten dargestellt zu werden. Die Bank gewährte einen 100 000-Mark-Kredit an eine Baronin

Schwarzenberg gegen ein Gemälde, das angeblich von Leonardo da Vinci herrühren soll. Das Bild war in Deutschland nicht unterzubringen, und darum mußte Direktor A. Weber mit der Baronin nach Amerika fahren. Ueber die Fahrt teilt der Revisionsbericht mit: „Sie kostete der Bank noch weitere 8000 Mark und war ergebnislos, soweit der Verkauf des Bildes in Frage kam.“ In Amerika wollte das Bild nämlich niemand kaufen. Man ließ es schließlich bei einem Spediteur zurück. Soweit das „Bankgemälde“ bei der Baronin in Frage kommt, bemerken die Revisoren, daß sie nachträglich von einer deutschen Staatsanwaltschaft stöbernd verfolgt wurde. Der Bruder des Amerikafahrers, ein gewisser J. Weber, war es auch, der als Vorstandsmitglied der Bank einer Bekleidungs-Gesellschaft größere Kredite gewährte, deren Vorstandsmitglied er ebenfalls war. Diese Bekleidungs-Gesellschaft war schließlich Hauptkreditnehmerin der Bank für Deutsche Beamte, d. h.: Weber hat an sich selbst Kredite gewährt. Sehr einfache Lösung der Kreditfrage.

Eine Regierungserklärung.

Wie der Amtliche Preussische Presseblatt der zugleich für den Finanzminister vom preussischen Handelsminister erteilten Antwort auf eine Kleine Anfrage entnehmen, ist es nicht Aufgabe der Staatsregierung, zu unterzogen, worauf im einzelnen die Verluste der Bank für Deutsche Beamte zurückzuführen sind. Die Verfolgung etwaiger strafrechtlicher Verfehlungen der für den Zusammenbruch der Bank verantwortlichen Personen ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft, die mit der Angelegenheit bereits befaßt ist. Von der preussischen Staatsregierung sind in Übereinstimmung mit dem Reichsrichtlinien aufgestellt worden, wonach den durch den Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte betroffenen Beamten und Angestellten zinslose Gehaltsvorschüsse bewilligt werden konnten.

Aufstieg der Konsumvereine.

Rekorde der Eigenproduktion.

An der Berichterstattung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das dritte Vierteljahr 1929 beteiligten sich 589 Konsumvereine, gegenüber 592 im zweiten Vierteljahr und 602 im ersten Vierteljahr. Die weitere Verringerung der Zahl der berichtenden Konsumgenossenschaften läßt den Erfolg des anhaltenden Verschmelzungstrebens erkennen. Der Aufstieg ist bemerkenswert.

Die Zahl der Mitglieder ist von 2 615 280 am 30. Juni auf 2 842 280 am 30. September 1929 gestiegen. Der Zuwachs von 27 000 Mitgliedern ist für den Zeitraum von drei Monaten nicht sehr groß. Das Ruhen der Verarbeitung in den Sommermonaten wird eine Ursache der geringeren Mitgliederzunahme sein.

Während die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im ersten Vierteljahr einen Umsatz von 288 Millionen Mark und im zweiten Vierteljahr einen Umsatz von 287 Millionen Mark erzielten, stellte sich der Umsatz für das dritte Vierteljahr auf 299 Millionen Mark. Die Umsatzzunahme war im Jahre 1927 am größten.

Der Vierteljahresumsatz je Mitglied erhöhte sich von 100,50 M. im ersten Vierteljahr auf 101,32 M. im zweiten Vierteljahr und auf 105,25 M. im dritten Vierteljahr. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder erhöhten sich von 54 688 000 M. auf 55 978 000 M.

Der Zustrom der den Konsumgenossenschaften von ihren Mitgliedern anvertrauten Spareinlagen ist noch stärker geworden. Dies darf als ein deutliches Zeichen des unerschütterlichen Vertrauens zur Sicherheit der Spareinlagen in den konsumgenossenschaftlichen Sparkassen betrachtet werden. Im Zeitraume der Bankzusammenbrüche und der damit verbundenen Schädigung weiterer Kreise der Sparer verdient dieses Vertrauen zu den Sparkassen der Konsumvereine eine besondere Würdigung. In den Konsum-

genossenschaften vermehrten sich die Spareinlagen von 341,5 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr auf 369,9 Millionen Mark im dritten Vierteljahr, also um 28,4 Millionen Mark. Im ersten Vierteljahr betrug der Zuwachs an Spareinlagen 27,9 Millionen Mark und im zweiten Vierteljahr 17,9 Millionen Mark.

Der Umsatz der Konsumgenossenschaften bei der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine n. S. erfährt eine recht erfreuliche Steigerung. Die Erhöhung stellte sich gegenüber dem ersten Vierteljahr auf 19,5 Millionen Mark und gegenüber dem zweiten Vierteljahr auf 27,3 Millionen Mark. Im Verhältnis zum eigenen Umsatz der Konsumgenossenschaften betrug der im Verkehr mit dem eigenen Wirtschaftsunternehmen erzielte konsumgenossenschaftliche Umsatz 44,79 Prozent. Dieser Verhältnisjahrs wurde bisher im Durchschnitt eines Vierteljahres noch nicht erreicht.

Der Umsatz der Konsumvereine in den Eigenerzeugnissen der Großverkaufsgesellschaft ist im Vergleich mit den Ergebnissen der vorausgegangenen Vierteljahre nicht weniger hervorragend. Der Umsatz in den eigenen Erzeugnissen betrug im ersten Vierteljahr 29 Millionen Mark, im zweiten Vierteljahr 26 Millionen Mark und im dritten Vierteljahr 33 Millionen Mark. Diese Umsatzhöhe stellt ebenfalls einen Rekord dar, der in der Vergangenheit noch niemals erzielt worden ist. Die gleiche Feststellung darf bei der vergleichenden Betrachtung der abgesetzten Erzeugnisse aus den eigenen Betrieben der Großverkaufsgesellschaft zum Umsatz der Konsumgenossenschaften gemacht werden. Der Verhältnisjahrs stellte sich im ersten Vierteljahr auf 9,94 Proz., im zweiten Vierteljahr auf 9,04 Proz. und im dritten Vierteljahr auf 11,11 Proz. Die aus diesen Entwicklungszahlen sprechende Erkenntnis von der Notwendigkeit der Treue zum eigenen Unternehmen möge in der Zukunft weiter wachsen.

Das verhöferte Leuna-Wunder.

Zum J. G. Farben-Standardöl-Abkommen über die flüssige Kohle.

Auf der Herbsttagung des Aufsichtsrats der J. G. Farbenindustrie A.-G. wurden die Hauptpunkte des Weltvertrags mit der Standard Oil Co. of New Jersey über Öl- und Kohlehydrierung mitgeteilt. Bisher bestand nur ein Vertrag, der sich auf die Auswertung eines Verfahrens zur Dehydrierung bezog, das eine größere Benzinausbeute gestattete. Die neuen Verträge beziehen sich jedoch auch auf die Verflüssigung von Kohle. Die Grundlinien dieses Vertrags sind folgende:

1. Die J. G. Farben-Patente hierfür werden für die gesamte Welt außer Deutschland von einer neuen Gesellschaft übernommen, die von der J. G. Farben und der Standard Oil gemeinsam gerundet wird. Geschäftsführung liegt jedoch in Händen der Standard Oil.

2. Für Deutschland besteht hinsichtlich des von der J. G. Farben hergestellten künstlichen Benzins eine Ausnahmestellung. A. Unterzuchung und Entwicklung neuer Produkte und Verfahren sollen fortgeführt und erweitert werden.

B. Ferner wurde mitgeteilt, daß aus diesen Abmachungen mit der Standard Oil dem J. G. Farben-Konzern erhebliche Beiträge zufließen werden. Aus New York hörte man dieser Tage, daß die Standard Oil insgesamt 75 Millionen Mark für die Patente der J. G. Farben zur Kohlehydrierung zahlen werde.

Sicher werden die Aktionäre hierüber erfreut sein; denn diese Nebenabnahme befähigte wohl auch die Verwaltung in der Anfänglichkeit, daß auch im laufenden Jahre wieder 12 Proz. Dividende wie im Vorjahre ausgeschüttet werden sollen. Es bleibt abzuwarten, ob die Ausnahmestellung des deutschen Marktes dazu führen wird, daß sich der Import an Rohöl und Benzin merklich vermindert. Sicher aber ist heute schon, daß die Öl- und Benzinverbraucher auf eine Preisermäßigung infolge des Wettbewerbs künstlichen Benzins nicht zu rechnen brauchen, weder außerhalb noch innerhalb der deutschen Grenzen.

Dem entspricht auch ein New-Yorker Juntrpruch der „Berliner Börsenzeitung“ (23. November 1929), wo es heißt: „Man erwartet, daß diese Abmachungen die Kapitalanlagen der Standard Oil Co. of New Jersey außerhalb der Vereinigten Staaten

weiter schätzen und erheblich zur Ermöglichung einer geordneten, wirtschaftlich gesunden und viel größeren Ausdehnung der Petroleumindustrie in der Welt beitragen werden.“ Mit anderen Worten, die Möglichkeit einer Konkurrenz des künstlichen Benzins gegen Rohöl und natürliches Benzin, d. h. gegen die großen internationalen Oestruffs, ist nunmehr endgültig begraben.

Man erinnere sich der vor einigen Jahren gemachten „nationalen“ Perspektiven der Kunstbenzinerzeugung in Deutschland; damals hieß es, daß der deutschen Volkswirtschaft durch die neuen Patente der Vorteil erwachse, sich vom internationalen Petroleumkapital unabhängig zu machen. Von diesem nationalwirtschaftlichen Ziel ist jedoch nichts übrig geblieben als der „Zusatz erheblicher Beiträge“ an die J. G. Farbenindustrie. Diese Gesellschaft hat zunächst alle erforderlichen Patente unter seine Kontrolle gebracht und dann offenbar den daraus zu ziehenden volkswirtschaftlichen Nutzen gegen privatwirtschaftlichen Profit eingetauscht.

Die Reichsbahn klagt.

Trotz der D.R.G.-Subventionen.

Wie die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mitteilt, hat sich der Verwaltungsrat in seiner kürzlich abgehaltenen Sitzung eingehend mit der finanziellen Lage des Unternehmens befaßt. Nach dem Sitzungsbericht stellt sich die Finanzlage so dar, daß die Jahreseinnahmen die Ausgaben bis Ende Oktober nur deckten, nachdem diese in einem auf die Dauer nicht erträglichen Maße gedrosselt worden seien. Die Verkehrsentwicklung lasse auch für den Rest des Jahres ein besseres Ergebnis nicht erwarten. Die fortbestehende Unmöglichkeit der Aufnahme neuen Kapitals hindere weiter die dringend notwendige Verbesserung der Anlagen zur Anpassung an die Erfordernisse der Wirtschaft und zur Erhöhung der Sicherheit. Eine durchgreifende Besserung der Finanzlage der Reichsbahn durch eine Verminderung der auf ihr ruhenden Lasten oder durch Tarifserhöhung bleibe also nach wie vor erforderlich. Unter diesen Umständen sei es der Hauptvorstellung nicht möglich gewesen, dem Verwaltungsrat einen Voranschlag für das ganze kommende Jahr vorzulegen, der ohne Fehlbetrag abschließt. Die Beratungen mußten sich daher auf ein „vorläufiges

Finanznotprogramm“ für die nächsten Monate beschränken. Die Verhandlungen der Reichsbahn mit der Reichsregierung über die Finanzfragen nehmen ihren Fortgang.

Nach diesem Bericht zu urteilen, wäre also die Finanzlage der Reichsbahn durchaus unerfreulich. Allerdings scheinen in dem veröffentlichten Sitzungsbericht die Verhältnisse bei der Reichsbahn gerne schwarz in schwarz gemalt zu sein. Die Verwaltung der Reichsbahn hat die zweimalige Abfuhr, die sie mit ihren Tarif-erhöhungswünschen von der Reichsregierung einstecken mußte, nicht verschmerzt. Sie hat ein Interesse, in ihrer Finanzdisposition unabhängig zu sein; um so leichter kann sie eine härtere Aufficht des Reiches abwehren. Die Zusätze der Kapitalbeschaffung durch Verkauf von Vorkzugsaktien haben sich gebessert. Aber auch die eigenen Einnahmen stehen nicht ungünstig.

Nach dem monatlichen Finanzausweis haben sich die Einnahmen der Deutschen Reichsbahn seit dem Frühjahr durchaus zufriedenstellend entwickelt. Sie betragen:

im Mai	451 Mill. M.
„ Juni	464 „ „
„ Juli	501,3 „ „
„ August	493 „ „
„ September	473,8 „ „

Der Einnahmerückgang im September erklärt sich zum Teil daraus, daß dieser Monat zwei Arbeitstage weniger hatte als der August. Für den Oktober ist entsprechend der bereits bekannten Verkehrsförderung mit erhöhten Einnahmen zu rechnen. Bereits im August waren sämtliche Verkehrsverluste infolge des harten Winters wieder finanziell aufgeholt und der Voranschlag der Einnahmen erreicht. Da auch die bisher bekannten Verkehrsziffern im laufenden Monat über denen des November 1928 liegen, kann bei vorsichtiger Schätzung sogar mit einer leichteren Einnahmesteigerung gegenüber 1928 gerechnet werden.

Die Arbeit der Demog.

Kapitalerhöhung beschlossen.

Die von den freien Gewerkschaften beherrschte Demog (Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter) beschloß am Mittwoch in einer außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung ihres Grundkapitals um 2 auf 3 Millionen Mark. Der Beschluß muß bis zum 31. Dezember 1930 durchgeführt werden.

Der Antrag wurde in der Generalversammlung von dem Vorstandsmitglied Binneke begründet. Er wies darauf hin, daß die Demog im Jahre 1929 rund 7000 Wohnungen gebaut hat gegenüber 7750 im Jahre 1928 und 4000 im Jahre 1927. Für die Erbauung von rund 20 000 Wohnungen hat sie 110,6 Millionen Mark aufgebracht. Davon sind 101 Millionen Mark von fremder Seite beschafft worden. 9,3 Millionen — 8,5 Proz. der gesamten Bau-summe wurden aus eigenen Mitteln als Mieterbeiträge aufgebracht. Die Mieteinnahmen, die im übrigen recht pünktlich eingehenden, betragen gegenwärtig mehr als 7 Millionen Mark. Für die Finanzierung der im Jahre 1929 erstellten Wohnungen wurden 36 Millionen Mark erste Hypotheken und 17 Millionen Mark Zwischkredite durch die Demog bereitgestellt. Für die Beschaffung von ersten Hypotheken kommt in erster Linie die Volksfürsorge (mehr als 12 Millionen Mark) in Frage. Die Hilfe privater Hypothekendarlehen hat man möglichst nicht in Anspruch genommen, um die damit verbundenen großen Kosten zu sparen. Wo man auf private Hilfe zurückgreifen mußte, bediente man sich der hannoverschen Bodenkreditbank, die der Berliner Arbeiterbank nachsteht.

Ueber den kommenden Abschluß teilte Binneke mit, daß man nach den erforderlichen Abschreibungen mit einem Ueberschuß von 300 000 Mark rechnen kann. Die Entwicklung wird auch in Zukunft günstig verlaufen, besonders wird das Baujahr 1930 die Finanzkraft des Unternehmens stärkere Anforderungen stellen, wodurch sich die Kapitalerhöhung rechtfertigt.

Einigung Deutschland-Finnland.

Die handelspolitischen Verhandlungen abgeschlossen.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit Finnland sind nunmehr in Form eines Zusatzabkommens zu dem bestehenden Handelsvertrag abgeschlossen worden. Die Zollsätze für finnländische Butter sind entsprechend dem Reichstagsbeschluss vom Juli 1929 den neuen deutschen Butterzöllen angepaßt worden. Bis Ende 1933 beträgt mithin der Zollsatz für finnische Butter 50 M. ab 1934 40 M. und ab 1936 30 M. für 100 Kil.

Außerdem verzichtet Finnland auf die bisherigen Zollbindungen für Milch und Rahm. Deutschland seinerseits hat Finnland auf dem Gebiet der Papier- und Holzindustrie Zugeständnisse gemacht. Da mit einem baldigen Austausch der Ratifikationsurkunden zu rechnen ist, wird das neue Abkommen bereits von 1930 ab Geltung haben.

Höhere Werftdividende.

Kleier Howaldtwerke erhöhen von 8 auf 10 Prozent.

Das Kleier Werftunternehmen, Howaldtwerke A.-G., kann bereits im dritten Jahre seines Wiederaufbaus die Dividende von 8 auf 10 Proz. heraufsetzen. Der Reingewinn hat sich mit 0,27 Mill. M. mehr als verdoppelt, obwohl die Abschreibungen von 0,16 auf 0,39 Mill. M. gesteigert wurden.

Die Beschäftigung war während des ganzen Jahres in den Reparatur- wie in den Neubaubetrieben gut. Die von 1680 auf 2000 Mann verstärkte Besatzung wird auch im laufenden Betriebsjahr mit Dauerbeschäftigung rechnen können. Nach der Uebernahme der Anlagen vom Hamburger Vulkan besitzt das Unternehmen drei Docks in Kiel mit 12 000 Tonnen und drei Docks in Hamburg mit 25 300 Tonnen Tragfähigkeit. Der durch den Vulkan-erwerb eingetretene Kapitalbedarf wird voraussichtlich durch eine Kapitalerhöhung gedeckt werden, über deren Umfang jedoch noch nichts bekannt ist.

Trinke Kräutertee und gesunde!

Nur eine Kräuterkur, wie sie schon seit Jahrtausenden von der leidenden Menschheit angewendet wird, ist das einzig Bleibende im Wechsel medizinischer Systeme gewesen. Die gütigen Heilkräuter führen d. Organismus Substanzen zu, die zur Ausscheidung kranker Stoffe notwendig sind. — Aus diesem Grunde sollte jedermann, der das Blut seines Körpers — den Hauptaustrom — gesund erhalten will, im eigenen Interesse in jedem Jahre (Frühjahr u. Herbst), wenn die Blätter fallen, eine Blutreinigungskur vornehmen und sich zu diesem Zwecke das berühmte Kwiets Universal-Tee bedienen, dessen segensreiche Wirkung er bald am eigenen Körper verspüren wird. — 1 fast allen Apotheken z. 10 Jahren läuft a. M. 1,50 (Korpus 16 Kartons M. 13.—) Böhlein u. Krankheitsbilder u. Gutachten gratis d. H. Kwiets Pflanzertabakfabrik, Berlin SW 65 V., Alexandrinenstr. 39 a.

Reichstagsbeginn mit Arbeiterfragen.

Anfiedlungszuschüsse für Landarbeiter. — Minister Wiffell gegen kommunistische Demagogie.

Der Reichstag hat am gestrigen Mittwoch nachmittag, 3 Uhr, seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen.

Präsident Löbe teilte u. a. die Beileidskundgebungen ausländischer Parlamente zum Tode Stresemanns mit.

Ohne Ausprägung werden den Ausschüssen überwiesen: Wirtschafts- und Freundschaftsvertrag mit Persien, Rechtsvertrag mit der Türkei, Freundschaftsvertrag mit dem Hochsichas.

Angenommen wird das D p i u m Gesetz in erster Lesung. In der Vorlage, die Verordnung über

Ausfuhr von Kunstwerken

bis Ende 1930, wobei das Reichsfinanzministerium an Stelle des Reichsbankdirektoriums Genehmigungsrecht erhalten soll, führt Abg. Dr. Schreiber (Z.) aus, man sollte durch ein Abkommen mit Deutschland auch dort die Ausfuhr deutscher Kunstwerke möglichst erschweren.

Ein Regierungsvorleser berichtet über die Handhabung des Verbots und über die geringe Zahl von Ausnahmen. Die Liste der wirklich wertvollen deutschen Kunstwerke wird sehr reduziert und etwas eingeschränkt, auch Kunstwerke ausländischer Herkunft, die aber schon lange bei uns sind und zu unserem Kulturkreis gehören, muß man vor Ausfuhr schützen. Bei Prüfung der Anträge wird auch die soziale Lage des Verkäufers berücksichtigt. Der Anregung Dr. Schreibers werden wir gern nachgehen.

Abg. Schulz-Bremen (Soz.):

Wir stimmen dem Gesetz zu, bemerken aber die Gelegenheit, um auf die schwere Notlage unter der deutschen Künstlerschaft hinzuweisen, der die Wider unverkauft im Keller hängen bleiben. In meiner Tätigkeit für die Deutsche Kunstgemeinschaft habe ich in Hunderten von Meisters Erschüttertes über die Notlage der Künstler erfahren. Es ist dringend notwendig, zu überlegen, ob denn nicht das Reich und die Länder mehr zur Hebung dieser Notlage tun können, wobei nicht verkannt werden soll, daß manches schon geschehen ist, so auch anlässlich des 10-jährigen Verfassungsfestes.

Auf Antrag des Abg. v. Einbeiner-Wildau (Dnat.) wird die Vorlage dem Rechtsausschuß überwiesen. — Es folgt der Gesetzentwurf über

Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Anfiedlung von Landarbeitern.

Diese Zuschüsse können aus Reichsmitteln für eine Zeit bis zu 10 Jahren gewährt werden, in der Regel nur, wenn der neue Kleinbetrieb als Reichsheimstätte oder unter gleichartiger Bindung begründet wird. Die Tilgung soll in Raten erfolgen, die Zuschüsse in der Regel von 5 auf 1 Prozent der Darlehensschuld sinken. Der Schuldner leistet muß wenigstens 4 Prozent jährlich aufbringen.

In Verbindung damit wird eine Interpellation der Deutschnationalen über Landarbeiterföderung usw. besprochen, die Abg. Behrens (Dnat.) begründet. Er fragt besonders darüber, daß zu wenig Mittel für die Landarbeiterföderung hergegeben worden seien.

Reichsarbeitsminister Wiffell:

Die zur Verfügung stehenden Staatsmittel einschließlich der Reste aus den früheren Jahren haben nicht ausgereicht, um den zahlreichen Föderungsanträgen Rechnung zu tragen. Will man mehr tun, so muß man dem Reichsarbeitsministerium größere Mittel bewilligen. Im Einklang mit dem Reichsfinanzminister habe ich aber bereits die zuständigen Ressorts, auch den preussischen Wohlfahrtsminister ermächtigt,

noch in diesem Haushaltsjahr in gewissem Umfang weitere Verpflichtungen zur Föderung der Landarbeiterföderung zu Lasten des Reiches einzugehen,

und zwar unter Vorgriff auf die im nächsten Jahre zur Verfügung stehenden Staatsmittel. Zahlungen können nach Erschöpfung der diesjährigen Mittel freilich erst im nächsten Jahre geleistet werden. Infolge dieses Vorgriffs auf den nächsten Etat ist es möglich gewesen, weitere Zuschüsse zu leisten.

Das Gesetz hat sowohl in politischer wie in nationaler Beziehung außerordentlich wichtige Aufgaben zu erfüllen. Es soll beitragen, die drohende Entvölkering des Ostens hinauszuhalten.

Aus diesem Grunde hat man schon in der Vorkriegszeit Landarbeiter auf eigenem Grund anzusiedeln begonnen. Seit 1921 haben Reich und Länder mit Hilfe von Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge bis zum 1. Oktober d. J. 55 130 Landarbeiterwohnungen errichtet, darunter 30 386 Eigenheime und 24 964 Werkwohnungen. Seit Festlegung der Währung sind 166 Millionen dafür verwendet worden. Aber es hat sich gezeigt, daß zweckmäßigerweise diesen Siedlern auch ein Stück eigenes Land gegeben werden muß. Dadurch werden die erforderlichen Mittel so gesteigert, daß neben den öffentlichen Mitteln auch privates Kapital in An-

spruch genommen werden muß. Und um dieses zu verzinsen, will ja das vorliegende Gesetz Zuschüsse gewähren; im Interesse der Landarbeiter werden ganz bestimmte Bindungen vorgelesen. Die Ausführungsbestimmungen müssen nach den Erfahrungen in den einzelnen Ländern getroffen werden, und dabei werden auch berechnete Wünsche berücksichtigt werden können.

Abg. Schmidt-Röpenid (Soz.):

Wir begrüßen den Gesetzentwurf. Die Durchführung im einzelnen muß man nach den ländlichen Verhältnissen einrichten. Unterbringung in Mietwohnungen werde viel mühsamer für die Arbeiter sein, aber daran fehlt es ja. Wenn der Landarbeiter die Siedlung nicht behalten kann, muß sie vom Erbauer wieder zurückgenommen werden. Die landwirtschaftlichen Unternehmer müssen noch immer den Landarbeiter sich dauernd erhalten, darum auch die Bestimmung, daß die Siedler sich verpflichten müssen, 30 Jahre dort zu bleiben.

Wir fordern, daß vor allem die Arbeiter ihre Freiheit behalten.

Von 1908 bis 1919 hat Preußen ganze 939 Landarbeiterwohnungen gebaut — welcher Unterschied gegen heute! Man wollte damals keine freien Arbeiter. (Sehr wahr! links.) Die augenblickliche Knappheit der Mittel zu bessern, werden wir ja demnächst Gelegenheit haben — beim Aufwärtungsgesetz für die Ständeherrn! Da werden wir ja sehen, wie die Deutschnationalen hinstimmen. (Sehr gut! links.) Wir werden jedenfalls an diesem Gesetz eifrig mitarbeiten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Jansche (Soz.) weist Angriffe des Abg. Jaddasch (Komm.) auf die Sozialdemokratische Partei und den Reichsarbeitsminister zurück, die sich angeblich nicht darum gekümmert haben sollen, daß Bergarbeiter aus ihren Wohnungen vom Zehentkapital vertrieben werden. Das vorliegende Gesetz wolle gerade der Rechtsunsicherheit ein Ende machen, weshalb die Sozialdemokraten es begrüßen.

Reichsarbeitsminister Wiffell:

Gegenüber der vollkommen falschen Darlegung des Abg. Jaddasch stelle ich fest: Als in der Nachkriegszeit der schwere Kohlenmangel die Notwendigkeit zeigte, stärkere Kohlenförderung, auch durch Beschaffung genügender Wohnungen für Bergarbeiter zu sichern, wurden 33 000 solcher Wohnungen erbaut, und zwar aus dem Ertrag, der von den Konumenten getragenen Kohlenabgabe mit etwa 80 Millionen und mit 40 Millionen Reichszuschuß. Selbstverständlich sollten diese aus den Mitteln der Gesamtheit erbauten Wohnungen nicht persönliches Eigentum, sondern Besitz der Gesamtheit sein. Als Eigentümer wurden Treuhändergesellschaften errichtet, die aus Arbeitern und Unternehmern in gleicher Zahl bestanden. Nun hat ein Unternehmer sich gemeldet, die vom Reichslehrentat vorgeschriebene Kohlenabgabe zu bezahlen und das

Reichsgericht hat ihn außer Verfolgung gesetzt, weil der Reichslehrentat nicht befugt gewesen wäre, eine solche Verordnung zu erlassen.

Aus dieser Rechtslage ergibt sich die Gefahr, daß sogar Rückzahlungen gefordert werden könnten und dann könnte dieser Besitz der Allgemeinheit verloren gehen. Um diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen, und um dem Gesamtbesitz keine Zweifel aufkommen zu lassen, ist das vorliegende Gesetz eingebracht worden. Da diese Wohnungen für Kohlenbergarbeiter erbaut worden sind, kann es zweifelhaft sein, ob ein Arbeiter, der in einen anderen Beruf übergeht, den Anspruch auf eine solche Wohnung behält. Dem Arbeitsministerium sind aber nur vier solcher Fälle bei 31 000 Wohnungen bekannt geworden. Und diese Fälle tangieren das Gesetz überhaupt nicht. Ich habe gar nichts dagegen, daß im Ausschuß noch stärkere Sicherungen für dauernden Besitz und Benutzung der Gebäude eingefügt werden.

Die Vorlage geht an den Wohnungs- und Siedlungsausschuß, ein Gesetzentwurf über Entschädigungen infolge der Einführung des Braumweinmonopols an den Steuerauschuß.

Abg. Graf-Dresden (Komm.) begründet einen Antrag auf Weihnachtsbeihilfen an Arbeitslose und Streikende. Er beschwert sich über starke Einschränkungen der Arbeitslosenversicherung durch Bewältigungsmassnahmen. Die Arbeitslosen und sonstigen Notleidenden sollen sich wenigstens zu Weihnachten einmal satt essen können. Aber das werde erst eine Arbeiterregierung nach Weglegung der Sozialdemokratie und dieser verrotten Ordnung durchführen.

Reichsarbeitsminister Wiffell:

Daß noch außerordentlich viel Not besteht (Abg. Berh (Komm.): Alter Schmeier! — Ordnungsruf!), wird kein Mensch bestreiten. Die Regierung bemüht sich im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu helfen, wo sie es irgend kann. (Zurufe der Komm.: Ja, den Deutschen und Polacken!) Zuletzt ist im Winter 1927 eine einmalige Notfondsbeihilfe gewährt worden. Seither haben wir

vorgezogen, dauernd zu helfen durch Erhöhung der Bezüge. (Abg. Kädel (Komm.) wird wegen eines zweiten Schimpfzugs wieder zur Ordnung gerufen und auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufs aufmerksam gemacht.) 1928 sind

durch das Notprogramm 100 Millionen, in diesem Jahre durch die Ley Brüning 50 Millionen zur Verfügung gestellt worden, dazu die Erhöhung der Invalidenrenten.)

(Geschrei der Komm., Ordnungsruf für Abg. Berh, Präsident Löbe erhebt, nicht fortwährend zu unterbrechen. Abg. Jaddasch: Wir sind doch keine dummen Kinder. Präsident Löbe erhebt ihn, ruhig zu sein, Abg. Jaddasch antwortet, Löbe sollte lieber Schol-lehrer werden und wird dafür zur Ordnung gerufen.) Die dauernde Verbesserung der Invalidenversicherung hat 150 Millionen gekostet, auch die Kommunisten haben dafür gestimmt, und wenn Sie jetzt schreien, es sei nichts geschehen, so obliegen Sie sich selbst. (Sehr gut! bei den Soz.) Mit einmaligen Beihilfen ist nicht zu helfen, sondern nur durch dauernde Verbesserungen im Rahmen des Haushalts. Der Antrag der Kommunisten würde 170 bis 180 Millionen erfordern. Es ist ja erfreulich, daß die Deutsche Reich als so leistungsfähig einschätzen, aber ebenfowenig wie anderswo kann alle Not auf einmal beseitigt werden.

Rußland gibt im ganzen Jahre noch nicht einmal für die gesamte Arbeitslosenversicherung soviel aus, wie jetzt als einmalige Leistung gefordert wird.

(Hört, hört!) Eine einmalige Reichsbeihilfe würde die Gemeinden zwingen, für weitere Kreise aus eigenen Mitteln entsprechende Zahlungen zu leisten. Woher sollen die Mittel dafür genommen werden? Der Reichstag ist durchaus auf dem richtigen Wege, wenn er sich nicht auf einmalige Unterstüßungen einläßt, sondern das tut, was im Rahmen des Gegebenen möglich und zweckmäßig ist.

Nachdem Abg. Kädel (Komm.) vergeblich versucht hatte, den Eindruck der Ausführungen des Ministers zu verwischen, wird der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, und das Haus verläßt sich um 17 1/2 Uhr auf Donnerstag, 14 Uhr: Kleine Vorlagen und sozialdemokratischer Antrag über den 5-Uhr-Lohnschluß am Heiligabend.

Die Verhandlungen mit Polen.

Beratung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags behandelte gestern unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) die Polenfragen.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius erläuterte über die deutsch-polnischen Verhandlungen und die damit zusammenhängenden politischen Probleme ein ausführliches Referat. Als erste Dis-kussionsredner nahmen Abg. Ullrich (Z.) und Abg. Dr. Hoeßch (Dnat.) das Wort. Es sprachen dann die Abgg. D a u d y (Dp.) und Frau S e n d e r (Soz.).

Gesandter Kaufherz berichtete über die einzelnen Phasen der deutsch-polnischen Verhandlungen und deren Ergebnisse.

Reichsfinanzminister Dr. Hinnerding und Ministerialdirektor Dr. Darn behandelten die finanzpolitische Seite des Problems.

Beschlüsse faßte der Auswärtige Ausschuß nicht. Weiterberatung am Donnerstag.

Polenvertrag und Deutsche Volkspartei.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag hat, wie die „N.C.“ meldet, ihren Vorsitzenden beauftragt, dem Herrn Reichstanzler folgende drei Forderungen der Fraktion bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages vorzutragen:

1. Sofortige Föhlungnahme mit den landwirtschaftlichen Organisationen zwecks Neuernennung eines landwirtschaftlichen Sachverständigen.
2. Garantien dafür zu schaffen, daß nach Abschluß des Vertrages polnische Exportprämien usw. ausgeschlossen sind.
3. Uebertagung der Verwaltung und Regelung des Veterinär-polizeiwesens vom Innenministerium auf das Ernährungsministerium.

Der Wahlausruf des Regierungspräsidenten. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, die sich mit dem Wahlausruf des Regierungspräsidenten Stieler inachen befaßt. Die preussische Staatsregierung wird gefragt, ob sie die Art und Weise billige, wie der Regierungspräsident Stieler zugunsten der Zentrumspartei in den Wahlkampf eingegriffen habe und wenn nicht, welche Massnahmen getroffen würden, um ein solches Vorgehen in Zukunft zu verhindern.

Wie gern schenkt jeder zu Weihnachten!

Doppelt gern, wenn er für ganz wenig Geld schöne und gediegene Gaben ersuchen kann, mit denen er seinen Lieben wahrhafte Freude bereitet. Solche Gaben finden Sie, wie einige Beispiele dartun sollen, in reichster Fülle an unseren Lagern. —

Ein beliebtes und stets willkommenes Festgeschenk ist ein Morgenrock.

Nur ein Beispiel aus den unermesslichen Beständen unseres Lagers für Morgenröcke: Morgenrock 10.-

Leopold Gadiel Das Haus für grosse Welten



Vornehmes Wollkleid aus vorzüglichem Rips-Papillon, mit neuartig geschmücktem Kragen, Jabot und Aermelausschnitten aus Georgette, sackig angelegtem wollen Glockenrock und Gürtel. Dieses gediegene Winterkleid ist in modernem Farbton und auch in größten Welten vorrätig und kostet

29.-

Wundervolle Herren-Krawatten Selbstbinder, aus reiner, schwerer Seide, in modernsten Mustern u. Farben, in größter Auswahl zum Einzelverkaufe

3.-

Ideale Weihnachtsgeschenke: Bildschöne Damen-Regenschirme

auf 16teiligen Gestellen mit modernen herrlichen Bezügen aus reiner Seide, oder Seide mit schönen kunstseidenen Effekten, mit wundervollen Griffen aus Metall oder Naturholz oder Kunstborn, in riesiger Auswahl zum Einzelverkaufe von

16.- (Nie wieder zu haben!)

Schutz gegen Schimpfbolde.

Der Landtag hebt die Immunität nationalsozialistischer Verleumder auf.

Im Preussischen Landtag wurde am Mittwoch im weiteren Verlauf der Sitzung, über deren Beginn wir im gestrigen „Abend“ berichteten, der Antrag auf Zurückweisung der Anträge auf Aufhebung der Immunität einer Reihe kommunistischer und nationalsozialistischer Abgeordneter an den Geschäftsordnungsausschuss abgelehnt.

Abg. Nuschke (Dem.) redet als Berichterstatter nur auf den Fall des Abg. Kube (Nat.-Soz.) ein, den er besonders herausgreifen wollte, weil es sich in diesem Fall um eine besonders schmutzige Verleumdung des Innenministers Grafenfort handelte. In einer öffentlichen Versammlung habe der Abg. Kube einen amtierenden Minister so schwer beschuldigt, daß dafür der Schutz der Immunität keine Geltung haben könne. Der Geschäftsordnungsausschuss habe deshalb auch einmütig, mit Ausnahme der drei Kommunisten, die Aufhebung der Immunität beantragt.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion zwar im Ausschuss für die Aufhebung der Immunität von Kommunisten wegen der blutigen Mordverbrechen in Berlin gestimmt habe. Nachdem aber inzwischen der Reichstag beschlossen habe, die Immunität der wegen derselben politischen Verbrechen beschuldigten Abgeordneten nicht aufzuheben, werde die sozialdemokratische Fraktion sich diesem Beschlusse anschließen und nunmehr die Aufhebung der Immunität in diesen Fällen ablehnen.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) bestreitet, daß seine Ausführungen in der öffentlichen Versammlung über den Innenminister von den „schmutzigen Verleumdungen“ richtig wiedergegeben seien. Der von ihm erwähnte Vorfall habe sich nicht in Bremen, sondern in Bremerhaven abgespielt. Ein Minister, der den Nationalsozialisten gegenüber jede Schimpflichkeit für sich in Anspruch nehme, habe keinen Anspruch darauf, von den Nationalsozialisten nicht angegriffen zu werden. Er beantwortete z. B. die Kleinen Anfragen seiner Partei in pöbelhafter Weise. Gegenüber ähnlichen Angriffen im Berliner „Herold“ habe sich der Minister völlig passiv verhalten. Das Parlament behandelt die Immunitätsfrage nicht vom Standpunkt der Gerechtigkeit, sondern parteipolitisch. Bei der Abstimmung über den Strafentwurf des Innenministers gegen keine Person würden sich seine Freunde der Stimme enthalten.

Abg. Schult-Neudöhl (Komm.) nennt die Nationalsozialisten eine demagogische Schwindlerpartei und wird dafür zur Ordnung gerufen. Er vertritt sich dann in längeren Ausführungen über die bekannten blutigen Mordverbrechen in Berlin.

Abg. Nuschke (Dem.) tritt den Ausführungen des Abg. Kube entgegen mit dem Hinweis, daß die Nationalsozialisten die parlamentarische Freiheit ganz systematisch mit Verleumdungsfreiheit verwechseln. Sie müßten dafür die Konsequenzen tragen. Die Immunität der nationalsozialistischen Abgeordneten, die ihre Immunität dauernd dazu mißbrauchen, die republikanischen Minister in der größten Weise anzulügen, müsse deshalb aufgehoben werden.

Damit schließt die Aussprache. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Kube (Nat.-Soz.) und Nuschke (Dem.) stimmt das Haus über die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses ab.

Dabei werden die Anträge auf Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten wegen der Verbrechen gegen das Demonstrationsverbot am 1. Mai mit 187 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Wirtschaftspartei, Deutschen Fraktion und Nationalsozialisten gegen 156 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei, Zentrum und Demokraten abge-

lehnt. Hierauf verlassen die Deutschnationalen den Sitzungssaal. Die Immunität des Abg. Kube (Nat.-Soz.) wird gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei, Deutschen Fraktion und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten aufgehoben. Ebenso wird aufgehoben die Immunität der nationalsozialistischen Abg. Lohse, Dr. Ley, Kaufmann wegen Verleumdung durch die Presse und die des Abg. Tünkel (Komm.) zwecks Leistung des Offenbarungseides.

Hierauf geht das Haus die am Dienstag abgebrochene

Beratung des Städtebaugesetzes

fort. Abg. Dr. Köthenbürger (Z.) hofft, daß nach dem Scheitern der letzten Vorlage im verflochtenen Landtag der vorliegende Entwurf nach Ausmerzung der verschiedenen Einwände verabschiedet werden kann.

Abg. Schult-Neudöhl (Komm.) bezweifelt, daß man Städtebau mit einer Entlohnung ohne Entschädigung nicht treiben könne, und beruft sich dabei auf das Beispiel Sowjetrusslands.

Abg. v. Cynner (D. Fr.) kritisiert die Vorlage, die gegenüber der alten wenig Neues bringe. Ob sich zwischen den widerstreitenden Meinungen der einzelnen Ansichten ein Ausgleich finden lasse, müsse sich im Ausschuss zeigen.

Abg. Folk (Dem.) erklärt, daß das preussische Städtebaugesetz die gestellten Aufgaben nicht erfüllen könne und ein Reichsgesetz kommen müsse. Da man aber nicht auf die Initiative der Reichsregierung warten könne, müßte das größte Land, Preußen, den Anfang machen.

Abg. Reuß (Wirtsch.) sieht in dem entscheidenden Teil des Gesetzes, dem Flächenverteilungsplan, eine Mißachtung des Eigenheimbegriffs und eine Überbeanspruchung der Wirtschaftskraft der Gemeinden. Mit dem Gesetz solle die streckengebundene Sozialisierung weitergetrieben werden.

Abg. Vossid (D. Frakt.) lehnt den Entwurf ab. Damit schließt die Aussprache. Der Entwurf wird einem neu zu bildenden Ausschuss von 29 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung eines kommunistischen Antrags auf Zurücknahme der Ausweisung kommunistischer Emigranten aus Ostpreußen, der vom Abg. Schuberl (Komm.) begründet wird, dessen Ablehnung aber der Ausschuss empfiehlt.

Mit großer Mehrheit beschließt das Haus, dem Ausschussantrag zu entsprehen.

Hierauf verlegt sich das Haus am Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Wahl eines Vizepräsidenten an Stelle des zurückgetretenen Abg. Dr. Vorch (Z.). Die Zentrumsfraktion hat hierfür inzwischen einstimmig den Abg. Dr. Baumhoff vorgeschlagen. Wenderung des Gemeindeverordnungsrechts, Rest der Tagesordnung von Mittwoch.

Die Wirtschaftspartei verlangt Auflösung.

Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Preußen hat erwiesen, daß die Zusammensetzung des Preussischen Landtags dem Willen der Wählerchaft in Preußen nicht mehr entspricht. Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen: den Preussischen Landtag mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind 2.00 bis 2.50 Kopien rechts, zu richten.

Kreisobleute der Zeitungskommission Groß-Berlin.

Freitag, 29. November, 19% Uhr, im Vorwärtsgebäude, Lindenstraße 3, im Zimmer der Juristischen Sprechstunde, 1. Hof links parterre. Sitzung. Jeder Kreis muß unbedingt vertreten sein.

Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt.

Wir bitten noch einmal um Abrechnung der Löhne bis zum 5. Dezember endgültig, damit wir die Restlohe noch unterbreiten und mit dem Hauptauschuss abrechnen können. Abrechnungszeiten laut Rundschreiben vom 15. November 1929.

- 2. Kreis Tiergarten, Freitag, 2. Dezember, 19% Uhr, bei Sandow, Menschengasse 1, 1. Stockwerk, Kreiswohlfahrt.
- 3. Kreis Charlottenburg, Donnerstag, 27. November, 19% Uhr, beginnt im Jugendheim, Neuhardenberg 4, der Kreis des Genossen Seifert: „Geschichte der Arbeiterbewegung“. Teilnehmer können sich nach vor Beginn des Anlaufes melden.
- 13. Kreis Tempelhof, Freitag, 29. November, Kreiswohlfahrt bei Görlitz, früher Rindorf, Chausseestraße 19. Die Abrechnungsführer müssen ebenfalls erscheinen.
- 17. Kreis Lichterfeld, Freitag, 29. November, Fortsetzung des Anlaufes: „Politische Forderungen der Arbeiterbewegung“. Leiter: Genosse Wolfgang Schwan, Göttergasse, Rathausstraße, Nummer 37, Beginn 19% Uhr. Interessierte Genossen können sich nach melden.
- 18. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, in der Mittelschule, Neue Schönhauser Straße, Beginn des Anlaufes Dr. Schöner: „Wie lese ich den volkswirtschaftlichen Teil einer Zeitung?“

Morgen, Freitag, 29. November.

- 22. Abt. Neudöhl, 20 Uhr Kreisführer- und Kreisrat-Versammlung im Hotel „Kaiser-Wald“, Lindenstraße 173. Die Kreisführer bitten wir, die Vorbereitung mitzubringen.
- 23. bis 120. Abt. Prenzlauer Berg, 20 Uhr in Linders Haus, im Neustädter, Mittelschulgebäude, verbunden mit einer Feiern für die Parteiführer, unter Mitwirkung des Arbeiterwohlfahrt, der Kreisführer, Arbeiterwohlfahrt und der Arbeiterwohlfahrt. Leiter: Adolf Hoffmann, III. D. 2.
- 121. Abt. Rixdorschen, 20 Uhr Funktionärversammlung bei Albin, im Rixdorschen.
- 122. Abt. Rixdorschen, 19% Uhr Mitgliederversammlung in Schmidt's Gesellschaft, Rixdorschen, 121. Rixdorschen: „Neue Wahlen und Gauen“. Referent: Margarete Seifert. Alle Genossinnen und Genossen sind dazu eingeladen.

Frauenveranstaltungen.

- 24. Abt. Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, Sitzung der Kreiswohlfahrt im Rathaus, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

- 13. Kreis Tempelhof, Freitag, 29. November, 20 Uhr, Sitzung der Kreiswohlfahrt im Rathaus, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

Jungsozialisten.

- 25. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Das Seminar wird am Donnerstag, dem 28. November, wegen der Berliner Funktionärskonferenz ausfallen. Der nächste Termin wird nach bekanntwerden.

Gruppe Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 19% Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

24. Abt. Unter Lindenstraße 10, Freitag, 29. November, 19% Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

25. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

26. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

27. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

heute, Donnerstag, 28. November, 19% Uhr:

28. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

29. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

30. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

31. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

2. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

3. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

4. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

5. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

6. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

7. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

8. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

9. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

10. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

11. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

12. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

13. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

14. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

15. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

16. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

17. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

18. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

19. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 29. November, 20 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Berg, 121. Sitzungssaal. 2. Kreiswohlfahrt der Arbeiterwohlfahrt, Wohlfahrtspfleger(innen) und interessierte Genossinnen sind herzlich dazu eingeladen.

Der Titan der Klavierspieler

Zum 100. Geburtstag Anton Rubinssteins am 28. November

Die Namen Franz Liszt und Anton Rubinstein bezeichnen eine Gipfelhöhe pianistischer Kunst, die niemals wieder erreicht, geschweige denn übertroffen worden ist. „Wie Gulliver unter die Liliputaner, trat Rubinstein unter den Schwarm unserer modernen Notenschriftsteller, jeder Zoll er selbst, ein Gigant unter den elenden Eternalschnuppen, eine Individualität durch und durch.“ Mit diesen Worten kennzeichnete Hugo Wolf, der bedeutendste der nachwognerischen deutschen Liederkomponisten, treffend den gewaltigen Eindruck des Klavierspiels des Titanen, der an fortwährender Leidenschaft, elementarer Kraft und Dämonie des Ausdrucks unter den Fachgenossen so wenig seines Gleichen hatte wie Paganini unter den Geigern, Hans von Bülow, den man am allerwenigsten der überschwenglichen Ueberschätzung seiner Brüder in Apoll zeihen kann, nannte seine eigene Hand eine schwächliche Leopardenpote im Verhältnis zu der Pranke des anderen, der ihm als der Löwe aller Löwen galt. Und schon frühzeitig zeigte dieser Löwe seine Toga. 1841 spielte in Paris ein elfjähriger Knabe vor einem erlesenen Musikerkreis, zu dem unter anderen Größen Viki, Ruber und Chopin zählten. „Der wird der Erste meiner Kunst!“ rief Liszt, der damals auf der Sonnenhöhe seines Virtuositentums stand, in heller Begeisterung über das Spiel des Kindes. Dieses Kind, dem die Prophezeiung galt, war Anton Rubinstein, der später bewies, daß Liszts Erbe seinem Würdigeren anvertraut werden konnte.

Am 28. November 1829 zu Wschowtnez bei Wlka in Podolien geboren, hatte Rubinstein den ersten Klavierunterricht von seiner Mutter erhalten und war von seinem achten Lebensjahr an in der Schule des russischen Klavierpädagogen Wlwoing weitergebildet worden. Dies war der einzige Klavierunterricht, den er, abgesehen von den Kompositionsstudien bei Dehn in Berlin, je erhalten hat. Wlwoing war es auch, der ihn nach Paris brachte und mit ihm eine Konzertreise durch Frankreich, Deutschland und Holland angetreten hatte. Nach dem Tode des Vaters sah sich Anton Rubinstein auf sich selbst angewiesen und in Wien und Berlin zu der tümmlichen Existenz des schlechtbezahlten Klavierlehrers verurteilt. Der Ausbruch der Revolution von 1848 vertrieb Rubinstein aus Berlin nach der Heimat. In seiner Weltfremde hatte er sich um die Vchvorschriften nicht gekümmert. Nach langem Hin und Her gestattete man ihm zwar den Uebertritt über die Grenze, aber die mitgeführten Manuskripte seiner Kompositionen wurden beschlagnahmt, da die Polizei in den Noten eine Geheimschrift vermutete und die Freigabe von einer eingehenden Prüfung der gefährdeten Manuskripte abhängig machte, die Rubinstein in der Folge niemals wieder sah. Dem wenig ermutigenden Debut auf russischem Boden entsprach die Fortsetzung durchaus. Wie in Berlin und Wien wurden seine Konzerte von der Kritik totgeschwiegen, und die Honorare, die er für seine Klavierstunden erhielt, reichten gerade aus, um ihn vor dem Hungertod zu schützen. Eine Wendung zum Besseren trat erst ein, als sich die kunstsinnige Großfürstin Helene Pawlowna, die Tochter des Herzogs von Württemberg, des im Schatten kämpfenden Russensohnes annahm. Sie verhalf einigen seiner Opern zur Annahme und bewilligte ihm trotz der lauen Aufnahme, die diese fanden, die Mittel zu einer Auslandsreise. Damit beginnen die an materiellen wie künstlerischen Erfolgen beispiellosen Siegeszüge des Klavertitanen, die ihn in der alten und neuen Welt Huldigungen eintrugen, wie sie vor ihm nicht einmal Liszt zu verzeichnen hatte. Seinem hinreichenden Temperament verzieht man selbst die eigenwillige Art, mit der dieser Feuergeist mit den Werken der Klavier umsprang, man überließ sich willig der herabgewandten Macht, die von dem Spiel des Meisters ausging, der gelegentlich äußerte: „Wenn ich zwölf Konzerte gegeben habe, kann ich von den heruntergefallenen Noten ein dreizehntes verfaulen.“

Aber was man dem ausübenden Musiker verzieh, rüchte sich an dem schöpferischen Künstler um so schwerer. Die ungebändigte Naturgewalt seines Klavierspiels spiegelte sich in dem Alkestisstil seiner Kompositionen nur zu getreu wieder. Der Mangel an Konzentrationskraft und Selbstzucht hinderte den Tonsetzer, die überströmende Fülle an melodischen Einfällen und genialen Gedanken zum organischen Ganzen zu formen. Eine beispiellose Leichtigkeit des Produzierens verführte den musikalischen Kräfte überdies zur flüchtigen Arbeit des Bielschreibens, der alles kritiklos niederschrieb, was ihm in die Feder kam. So sind denn mit den minder guten auch die besseren Werke dieses Vollblutmusikers in Vergessenheit geraten. Nach kurzem Leiden starb am 20. November 1894 der Tod in Peterhof bei Petersburg Rubinssteins toten- und arbeitsreichem Leben ein jähes Ende.

Alfred Götz.

Anton Rubinstein und 1848

Ende 1847 weilte Anton Rubinstein in Wien, wo es ihm materiell nicht gerade glänzend ging und er vom Musikunterricht sein Leben bestreiten mußte. Da lernte er einen Abenteuerer, einen gewissen Baron Pfuß, kennen, der ihn zu einer Fahrt in das Dollerland Amerika überredete. Sie fuhren also von Wien nach Hamburg ab. In Berlin machten sie ein paar Tage halt, und da traf Rubinstein seinen früheren Lehrer Dehn, dem er über sein Vorhaben berichtete. Dehn riet ihm diese ungewisse, abenteuerliche Reise abzubrechen ab und hielt ihn in Berlin fest. Rubinstein mietete sich in der Behrenstraße ein kleines Zimmer und gab hier wiederum Musikstunden. Einige Monate später kam die Revolution. Rubinstein schrieb darüber:

... Alles war in Erregung, der allgemeine Zustand war angespannt „nerds“. Ich konnte nicht wenige Berliner Schriftsteller, Journalisten, Künstler und überhaupt Leute der freien Berufsarten, Alles war wie in Erwartung eines Signals zu einer Explosion. Dieses kam aus Wien, und blühschnell wirkte es in Berlin auf den angehäuften Zündstoff. Die Revolution brach los...

Seine Wirkstoffe hielten ihn den ersten Tag zu Hause, schon aus dem Grunde, weil doch Rubinstein russischer Untertan war. Aber am nächsten Tage hielt er es nicht mehr aus. Er schreibt: ... Ich zog es auf die Straße... Am nächsten Tage, als das Volk die Leichen der Gefallenen zum Palais trug und da aufschichtete, war ich aber mitten unter der Menge auf dem Platz und sah alle Szenen der revolutionären Bewegung mit eigenen Augen. Dehn — er gehörte zur Bürgerwehr — stand Schildwache vor einem Regierungsgebäude mit geschultertem Gewehr...

Eine Zeitlang dachte niemand an Konzerte oder Musikunterricht, und so blieb Rubinstein nichts übrig, als wieder nach Russland zurückzukehren.

Im Zusammenhang mit der damaligen Musikrichtung bemerkt er: „Welch ein wichtiger Umbruch mit der damaligen revolutionären Bewegung sich nicht bloß in der Politik der Staaten und Völker, sondern auch in der Kunst vollzog, kam mir damals nicht in den Sinn. So umfaßt denn mein Leben zwei ganz verschiedene Epochen, die das Jahr 1848 voneinander scheidet... Die politische so viel verändernde Revolution von 1848 gab auch der Musik eine andere Richtung. Es trat nun die Forderung nach dem innersten Wesen der Kunst auf, und dann ging es damit bis an die äußerste Grenze — bis Wagner.“

Tiefe Spuren hinterließ jene Zeit der freihheitlichen Ideen in dem so empfänglichen Wesen des damals 19jährigen Anton Rubinstein und gab ihm die Kraft für alle Kämpfe, die er in späterer Zeit auf dem Wege seines musikalischen Schaffens mit der Intuition auszufechten hatte.

J. D.

Michael Soffchenko:

Glückliche Kindheit

Bestern fige ich im Thaurischen Garten auf einer Bank. Ich drehe mir eine Zigarette und wende mich so nach allen Seiten um. ... Wie schön ist es überall — wunderbar! Die Sonne scheint — und die kleinen Kinder amüsieren sich vergnügt im Sande. Neben mir auf der Bank sitzt ein kleiner Bengel von ungefähr zehn Jahren. Er sitzt da und baumelt mit den Beinen.

Ich sehe ihm mir näher an. Dabei denke ich mir so, wieviel besser es doch die Kinder als wir Erwachsene haben. Was hat schon so ein Erwachsener vom Leben. Er darf nicht mit den Beinen baumeln, und im Sande kann er sich auch nicht wälzen. Und wenn ers doch tut, so halten die Leute ihn für verrückt. „He,“ rufen sie, „habt ihr so etwas gesehen. der Mann strampelt mit den Beinen — so ein einfältiger Kerl!“

Schließlich gibt man ihm noch eine Ohrspeise, damit er zur Besinnung kommt.

Ich, denke ich, wie unsympathisch ist doch unser erwachsenes Leben. Da sitze ich in allerhand Kommissionen und Unterkommissionen — langweile mich in Versammlungen, Vorträgen, Sitzungen...

Wenn es dir schließlich gelangt, einmal ein bißchen an die frische Luft zu entweichen, dann erwartest dich zu Hause deine Frau mit einem Donnerwetter, kampflustig tritt sie dir entgegen und flucht, was das Zeug hält, weil du dich zum Essen verspätet hast.

Ja, die Kindheit war schon eine glückliche Zeit! Wie schnell ist sie mir vergangen, plötzlich war sie fort.

Ich sah noch einmal auf die Kinder im Sande und den Jungen neben mir auf der Bank... Ein ungenötigt zärtliches Empfinden erfaßte mich, das Gefühl war so stark, daß es mir fast den Atem zu beklemmen schien.

„Du, Junge“, sage ich, „du, Bursche! Du fühlst gar nicht, wie groß dein Glück ist! Du sitzt nur da und baumelst mit den Beinen, hast keinen Kummer und keine Sorgen. Wie auf einem hohen Baum sitzt du und schließt auf alles verächtlich herab. Sage doch, du Kleiner, — wie heißt du denn? Wie ist dein Name?“

Er schweigt. Evidentlich ist er müde.

„Du brauchst dich nicht zu fürchten, mein Junge. Der alte Onkel frist dich nicht. Komm, setz dich her und erzähl was!“

Jetzt wandte der Bengel sich mir zu und sagte: „Ich habe keine Zeit, dir etwas zu erzählen. Deine Gesellschaft reizt mich nicht!“

Run, dachte ich — der Bengel fertigt dich ganz schön ab. Reine Zeit hat er!...

„Warum haben Sie eigentlich keine Zeit?“ fragte ich. „Was können Sie — verzeihen Sie meine Raugier, für bringende Geschäfte haben?“

Der Junge antwortete mir mit männlich ernstem Ton: „Du wirst noch vor der Zeit alt werden, wenn du soviel wissen willst!“

Holla! denke ich, da bist du an den Richtigen geraten.

„Na, ärgere dich nur nicht gleich“, befähigte ich ihn, „ich alter, unruhiger Greis möchte nun mal gerne wissen, was für Geschäfte man in deinem jugendlichen Alter hat.“

„Ja“, sagte er, „ich habe sehr viel zu tun. Erstens in allerlei Kommissionen und Unterkommissionen, in Schülerfragen, Vorträgen und Schülerwahlen, in Versammlungen usw. Jetzt wird gleich ein Vortrag über Jugendprobleme im alten Griechenland gehalten werden; da muß ich dabei sein. Außerdem habe ich heute zwei Stunden Körperkultur... Für fünf Minuten habe ich mich frei gemacht, um ein bißchen aufzuatmen; sicher fluchen jetzt schon die Raben, die Wanzen und die Raufschäfer, daß ich nicht da bin!“

Der Junge zog jetzt eine Spitze hervor und begann zu rauchen. Er spuckte durch die Zähne wie ein Großer, wählte mir sichtlich und herablassend zu und ging davon.

O, mein glückliches Alter! Ich brauchte nicht in die Schule zu gehen, ich muß nichts über Jugendprobleme im alten Griechenland hören, ich habe nichts mit Körperkultur zu schaffen, und auch die Wanzen und die Raufschäfer sind nicht böse, weil ich nicht komme!

(Rubinssteins Uebersetzung aus dem Russischen.)

Erdbeben der göttlichen Weltordnung

Diese kleine Klasse entnehmen wir mit Erlaubnis des Verlegers dem neuen Roman von H. E. S. S. „Die Welt der Welt“, der sich bei der Welterbe der Weltordnung befindet. Das Buch wird nur an Mittelstücken der Buchhandlung in Hamburg abgegeben.

Erdbeben in der Wall Street. Erdbeben des Wirtschaftssystems.

Jeden Tag Selbstmorde von Männern, die gestern groß, mächtig, unangreifbar, unerschütterlich schienen und waren. Säulen einer Wirtschaft, die so gesund und kraftstrotzend in die Welt blickte, als müßte das Universum sich vor ihr verbeugen.

Niemand mehr vermag die Katastrophe zu beherrschen. Sie wird größer und größer.

Was so mächtig und ehren erschien, dieses so wohlorganisierte, scheinbar so Hug durchdachte, so geistig sein folgende Wirtschaftssystem kracht in allen seinen Fundamenten, weil ein Zweifel unüberwindlich geworden ist: Die Kohle, die Nahrung der Industrie.

Niemand kann das Rob stillhalten. Es reut, es rast schneller und schneller und reißt tiefer und tiefer in den Körper der Wirtschaft hinein, Bankstürme beginnen. Die Sparer sind von Panik erfaßt worden. Sie fürchten, nein schämmer, sie sind sicher, daß ihr Geld, für das sie gespart und geduldet haben, verloren ist. In unendlichen langen Reihen stehen sie schon vor Ritterschiffen vor den Banken, um die ersten zu sein, wenn die Kassen öffnen. Je früher man da ist, je früher die Möglichkeit, noch etwas zu retten. Das geordnete Leben der Banken wird zerrissen. Alle Kräfte müssen heran, um auszuhalten. Niemand zahlt etwas ein. Alle Kredite werden aufgelündigt. Banken in anderen Ländern werden bittend angefaßt, auszuhelfen mit flüssigem Geld und mit Schecks. Alle Referenzen der nationalen Bankvereinigungen werden aufgerufen. Über die Reihen vor den Banken verlängern sich.

Und dann beginnen die Banken zu krachen, weil sie nicht zahlen können. Das Geld ist ausgeliehen; denn wenn die Bank kein Geld ausleihen kann, dann kann sie ihren kleinen Sparern keine Zinsen zahlen.

Erst krachen die kleinen Banken. Die großen heften sich noch damit, daß sie die Kassenstunden auf zwei, endlich auf eine beschränken.

Dann beginnen auch größere zu krachen.

Und hinter all diesem Werrarrt ist kein plötzliches Verschwinden eines Erdbebens, ist keine gigantische Naturkatastrophe, die un-

widerbringliche Werte vernichtet. Hinter all diesem Zusammenbrechen wirtschaftlicher Ordnung und wirtschaftlicher Sicherheit, die ständig bedroht wird von Aufwieglern, sagt nichts anderes als die geübte Einbildung derer, die etwas haben, die unsicher gewordenen Hoffnung derer, die viel besitzen, und derer, die wenig besitzen. Alles das, was nun in der Wall Street geschieht, beruht in nichts anderem, als daß die Gedanken plötzlich, zu plötzlich, eine andere Richtung eingenommen haben als die gewohnte. Massenhypnose. Massenuggestion. Die Suggestion, die Einbildung: „Ich kann verlieren!“ reißt dieses schöne, von Gott gewollte, von Gott begnadete, von Gott beschützte Wirtschaftssystem in Fegen. Und dennoch sind alle Werte gleichgeblieben. Die Werte haben sich nicht geändert. Es ist ebensoviel Kohle auf Erden wie vorher. Alles Geld ist noch da, und es ist kein Cent vom Erdball heruntergefallen in das Weltall, aus dem er nicht mehr geholt werden kann. Alle Häuser stehen noch da. Alle Wälder. Alle Wasserfälle. Alle Ozeane. Die Eisenbahnen und Schiffe sind alle noch unversehrt. Und Hunderttausende gesunder und kräftiger Menschen sind willig, zu arbeiten und zu produzieren und den vorhandenen Reichtum der Erde zu vermehren. Kein Ingenieur hat die Fähigkeit verloren, neue Maschinen zu konstruieren. Kein Kohlenhändler ist von einer Naturgewalt verschüttet worden. Die Sonne scheidet leuchtend und warm am Himmel wie immer. Es regnet wie immer. Das Getreide steht auf den Feldern und reißt wie immer. Die Baumwollfelder stehen in Pracht. Nichts hat sich am vorhandenen Wert irdischen Reichtums geändert. Die Menschen, als Einheit gesehen, sind ebenso reich wie gestern. Und nur darum, und allein nur darum, weil sich der Besitz einzelner zu verändern und zu verschleppen droht, darum bricht eine Katastrophe für die gesamte Menschheit herein. Eine Katastrophe gleich den Katastrophen vergangener Zeiten, wenn Kampfernde in einem Erdstrich ausbrachen und man keinen Ausgleich mit jenen Erdstrichen schaffen konnte, die im Ueberfluß erstickten, weil Transportmittel und Telegraphen fehlten.

Ein Wirtschaftssystem, eine Wirtschaftsordnung, geschaffen von Menschen, die von sich selbst behaupten, Intelligenz zu besitzen. Menschen jedoch, die trotz aller ihrer so hoch entwickelten Technik, die sie schufen, noch immer nicht die Primitivität völlig ungeschulten Menschen überwinden haben, soweit ein durchdachtes und wohlgeordnetes Wirtschaftssystem in Frage kommt.

Katzen-Histörchen

Die Katze ist auch in unseren Tagen, in denen sie zum Schottier und Liebling des Hauses geworden, noch immer von einem gewissen Geheimnis umwittert. Es ist nicht zufällig, daß dieses einst göttlich verehrte Tier von den Dichtern und Künstlern am meisten besungen und gefeiert worden ist. Die Legende hat um die Katze eine seltsame Phantasie gewoben, von der wir manches in einem neuen, demnächst bei Georg Müller in München erscheinenden Buch „Katen“ von Prof. Scharndt erfahren, das neben zahlreichen Abbildungen auch eine ausführliche Geschichte der Katze bietet. Thronte die Katze am Nil und am Ganges in der Tempel, so wurde ihr Bild von den römischen Legionen als Sinnbild der Freiheit auf den Fahnen getragen. In Europa wurde die Katze erst gegen Ende der Kreuzzüge allgemeiner, denn mit der Verbreitung der Mäuse infolge der Ausbreitung des Getreidebaus mußte man auch nach einem Vertilger dieser Plage Umschau halten. Im zehnten Jahrhundert war eine Katze, die schon gemauert hatte, sehr wertvoll und wurde mit hohem Preis bezahlt. Auch in den religiösen Zeremonien spielten Katzen eine Rolle, wie z. B. eine Sitte am Fronleichnamfest zu Kir in der Provence zeigt. Der schönste Kater, der in der Umgegend aufzutreiben war, wurde, wie ein Säugling gewickelt, in einem kostbaren Säcklein zur öffentlichen Auktion ausgestellt. Aber am Feste von St. Johannes erfährt Hingens Geschick eine traurige Umwandlung. Aus diesem Anlaß wurde nämlich eine Anzahl Katzen mit dem so sehr verehrten Kater zusammen in einen Weidenkorb gesperrt und auf einen Scheiterhaufen geworfen, der vom Bischof eigenhändig in Brand gesetzt wurde. Man glaubte, daß die Katzen am häufigsten die Gestalt von Katzen annehmen, und so galt die Katze vielfach als die Wohnung böser Geister. Waren so die ammutigen Tiere monden Verfolgungen ausgesetzt, so gab es andererseits auch ein Katzenrecht, das im Kanton Zürich noch bis 1780 galt. Danach mußte einer, der einem anderen eine Katze totgeschlagen hatte, den durch vier Elöde ausgespannten Balg des Tiers mit Korn beschütten und es dem Eigentümer ausliefern. Für diese Hochsiegel war ein besonderer „Katerherr“ eingesetzt.

Daß Katzen auch das Fischereien lernen, wird verschiedentlich berichtet, so z. B. von einer Katze, die in einem der Festungswerke bei Plymouth gehalten wurde und täglich in die See tauchte, um die gefangenen Fische dann im Raum in das Matrosenzimmer zu bringen.

Am 25. November 1929, vormittags, verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, Schwiegervater u. Großvater, der Geschäftsführer

Carl Dust

im 62. Lebensjahre.

Die Hinterbliebenen.

Bln.-Adlershof, Arndtstr. 25.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 30. November 1929, um 19¹/₂ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Am 25. November verschied nach kurzem Krankenlager der Geschäftsführer der OK, der Buchbinder, Herr

Carl Dust

Der Verstorbene gehörte dem Vorstande des Gewerkskrankenvereins seit vielen Jahren an. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten!

Der Vorstand

des Gewerkskrankenvereins zu Berlin

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 30. November, 19¹/₂ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Am Montag, dem 25. November, verstarb plötzlich nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Geschäftsführer, Herr

Carl Dust

im 62. Lebensjahre.

In seiner 31-jährigen Tätigkeit als Geschäftsführer der Kasse verstand er es, durch seine Umsicht und nie ermüdenden Fleiß, die Interessen der Kasse sowie auch die der Versicherten wahrzunehmen.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 30. November, 19¹/₂ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Plötzlich und unerwartet verstarb am 25. November unter bester Gesundheit, Herr

Carl Dust

Der Verstorbene war uns ein Vorbild getreuer Pflichterfüllung; wir haben ihn in stetigster Pflanzarbeit lieben gelernt und verlieren in dem Verstorbenen einen treuen Kollegen und besten Kameraden. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Die Angehörigen

der Ortskrankenkasse der Buchbinder.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands Ortsverwaltung Berlin

Todesanzeigen

Den Mitgliedern zur Nachricht, bei unfer Kollege

Carl Dust

Widow, Handwerker & verwandte ist.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 30. November, 19¹/₂ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Den Mitgliedern fern zur Nachricht, bei unfer Kollege, die Kameraden

Emma Lietzmann

Epheuse Str. 118, verstarb ist.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 30. November, 17 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Über Ihren Namenfrau! Wege Beteiligung erwünscht Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst., 28.11.

Staats-Oper Unter d. Linden

A.-V. 263 19¹/₂ Uhr

Carmen

Staats-Oper am Plä. Republ.

R.-S. 188 19¹/₂ Uhr

Die **Zauberflöte**

Staats. Schiller-Theater, Charlth.

20 Uhr:

Des Kaisers Soldaten

Donnerst., 28.11.

Städt. Oper Bismarckstr.

Tarnus II 20 Uhr

Der Scherzmeister **Coppelia**

Städt. Schauspiel am Gendarmenmarkt

A.-V. 232 20 Uhr

Die **Don Carlos**

Städt. Schiller-Theater, Charlth.

20 Uhr:

Des Kaisers Soldaten

Tägl. 2 Vorst. 5 und 8¹/₂ Uhr

Karlsruhe 226

Preis 1-5 M. Wochentg.: 5 u. 8 Pl. - 3 M.

Gerdine u. Joe, Ethé, Power usw.

Tägl. 5 u. 8¹/₂ Uhr

Sonnl. 2, 3 u. 8¹/₂ Uhr

Alex. E. 4, 8066

INTERNAT. VARIÉTÉ

Volksbühne

Theater am Bülowplatz

8 Uhr

Uraufführung

Affäre Dreyfus

Schauspiel von René Kestner

Regie: H. D. Kenter.

Städt. Schiller-Th.

8 Uhr

Des Kaisers

Soldaten

Theater am Schützenweg

8¹/₂ Uhr

Pennäler

Kleines Theat.

Merkur 1624

Täglich 8¹/₂ Uhr

Wax Adalbert

Das Parfüm

mehrer Frau

Lustsp. v. Leo Lenz

Lustspielhaus

Friedrichstr. 236

Bergmann 2922

Täglich 8¹/₂ Uhr

Grand Hotel

Lustspiel von Paul Frank

Direktion

Dr. Robert Klein

Deutsches

Künstler-Theat.

Barbarossa 3637

8¹/₂ Uhr

Ende 11.30 Uhr

Seltzames

Zwischenpiel

3¹/₂ Stg. 1. Des.

Die andere Seite

Berliner Theater

Dönhoff 170

7¹/₂ Uhr

Deutsche

Uraufführung

Reserviert für

Herrn Gaston.

Regie: Forster Larrinaga

Freitag

zum letzten Mal:

8¹/₂ Uhr

Ende 11 Uhr

Zwei Krawatten

Sonnabend, 30. 11.

Uraufführung

7¹/₂ Uhr

Reserviert für

Herrn Gaston.

Wo spielt man

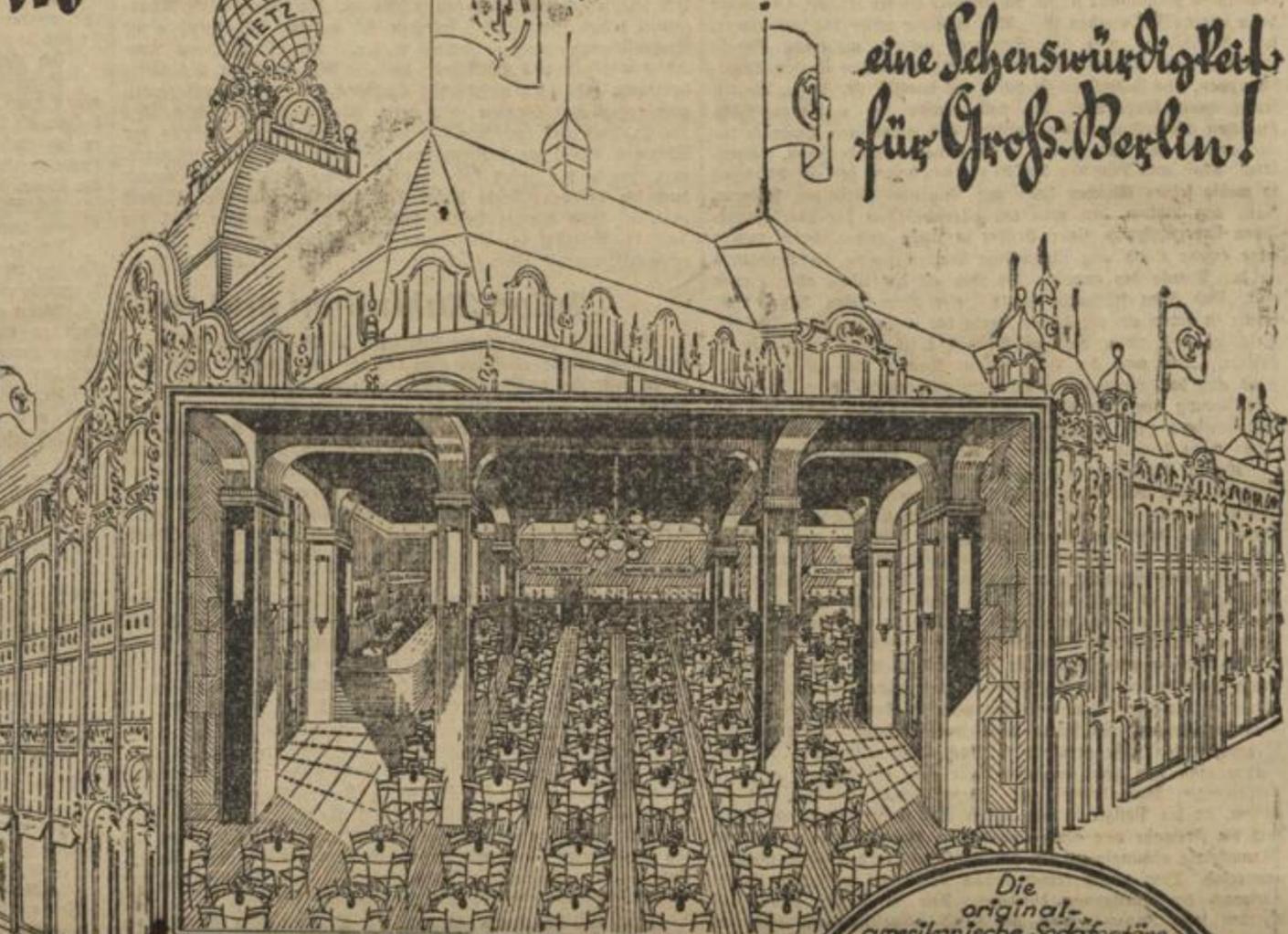
gut und billig?

GRÖßER BERLIN

Alexanderplatz

Der Erfrischungsraum Alexanderplatz in unserem Hause Gewandhaus im neuen

eine Sehenswürdigkeit für Groß-Berlin!



H T E R I M A N N

Donnerst., 28.11.

Staats-Oper Unter d. Linden

A.-V. 263 19¹/₂ Uhr

Carmen

Staats-Oper am Plä. Republ.

R.-S. 188 19¹/₂ Uhr

Die **Zauberflöte**

Städt. Schiller-Theater, Charlth.

20 Uhr:

Des Kaisers Soldaten

Donnerst., 28.11.

Städt. Oper Bismarckstr.

Tarnus II 20 Uhr

Der Scherzmeister **Coppelia**

Städt. Schauspiel am Gendarmenmarkt

A.-V. 232 20 Uhr

Die **Don Carlos**

Städt. Schiller-Theater, Charlth.

20 Uhr:

Des Kaisers Soldaten

Tägl. 2 Vorst. 5 und 8¹/₂ Uhr

Karlsruhe 226

Preis 1-5 M. Wochentg.: 5 u. 8 Pl. - 3 M.

Gerdine u. Joe, Ethé, Power usw.

Tägl. 5 u. 8¹/₂ Uhr

Sonnl. 2, 3 u. 8¹/₂ Uhr

Alex. E. 4, 8066

INTERNAT. VARIÉTÉ

Direktion

Dr. Robert Klein

Deutsches

Künstler-Theat.

Barbarossa 3637

8¹/₂ Uhr

Ende 11.30 Uhr

Seltzames

Zwischenpiel

3¹/₂ Stg. 1. Des.

Die andere Seite

Berliner Theater

Dönhoff 170

7¹/₂ Uhr

Deutsche

Uraufführung

Reserviert für

Herrn Gaston.

Regie: Forster Larrinaga

Freitag

zum letzten Mal:

8¹/₂ Uhr

Ende 11 Uhr

Zwei Krawatten

Sonnabend, 30. 11.

Uraufführung

7¹/₂ Uhr

Reserviert für

Herrn Gaston.

Winter Garten
8 Uhr - Zentr. 2010 - Danden erlaubt
Jas Bois, Irvin Sisters etc.

ROSE THEATER Gr. Frankfurter Straße 132
Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Täglich 8¹/₂ Uhr:
(Sonntags 9¹/₂ und 9 Uhr)
Pariser Blut
Kammeroperette in 3 Akten von Julius Wilhelm und Heinrich Reinhardt. Regie: Paul Rose.

Sonnabend, 30. November 1929 nachm. 5 Uhr
"Max und Moritz" und der Weihnachtsmann
Regie: Willi Ross.

Jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle
Großes Ausstattungsmärchen
Regie: Hans Ross.

Deutsches Theater D. L. Norden 12 310 8¹/₂ Uhr
Der Kaiser v. Amerika
von Bernard Shaw
Reg: Max Reinhardt

Kammerspiele D. L. Norden 12 310 8¹/₂ Uhr
Zur gef. Ansicht!
Lustspiel von Frederik Lonsdale
Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie J1 Bismck. 2414 7316 8¹/₂ Uhr
Vom Teufel gebolt
von Knut Hamsun
Regie: Max Reinhardt.

Th. a. Hollendorferplatz Vorw. 10-2. Kf. 2001 Täglich 8¹/₂ Uhr
Gastspiel des Deutschen Theaters
Die Fledermaus
Regie: Max Reinhardt.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS 8 Uhr
3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL.
3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

Renaissance - Theater 8¹/₂ Uhr. - Letzte 8 Aufführungen
Coeur-Bube
Komödie von Jacques Nathanson.
Regie: Leonine Sagan.
Lennarz - Staudte - Valentin Kupier - Sima - Rasumny
Sonntag nachmittag 4 Uhr (3-8 M.)
Die heilige Flamme
Steinplatz 61. 8981 u. 2583/94.

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 3
Zum 100. Male:
"Bei de Stettiner"
Sonntag, 1. Dez. zum 1. Male:
"Logis Wildwest"
Billetbest. Zentrum 11263
Dönhoff-Brett
Familien-Variété - Tanz.

Theater d. Westens Tägl. 8¹/₂ Uhr
Marieffa
Musik v. Oskar Straus
Käthe Dorsch
Michael Bohnen
Mittw. 4. So. 3 Uhr
Friederike

Zentral-Theater Alte Jakobstr. 32 Gastspiel d. Th. d. Westens Täglich 8¹/₂ Uhr Stg. 5 u. 8¹/₂ Uhr
Friederike
Der Weiterleib
von Franz Lehár

Trianon-Th. Merkur 2391 8¹/₂ Uhr
Elizabeth Strickrodt in
"Die Ballerina des Königs"
Mittwoch 4 Uhr
Schneewittchen
Rundfunk. halbe Preise.

8¹/₂ Uhr **CASINO-THEATER** 8¹/₂ Uhr
Lothringer Straße 57.
Nur noch bis 3. Dezember 1929:
Vertagte Hochzeit!
Am 3. Dezember zum 1. Male:
Familie Hannemann.
Gutschein für 1-4 Personen
Pauteil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M.,
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Barnowsky - Bühnen
Theater in der
Königsberger Straße
Täglich 8¹/₂ Uhr
Die erste Mrs. Selby
mit
Fritz Massary

Komödienhaus Täglich 8¹/₂ Uhr
Der Hühnerhof
v. Tristan Bernard

Theat. a. Kolth. Tor
Korb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr
auch Sonnt.
nachm. 3 U.
Elie-Sänger
Die Welt
geht weiter!
Hörs. Postkarte 10 Pf.

Kartees
bei
JUERGENS
Alexanderplatz
Neue Königsstr. 43